Abgeordnetenhaus BERLIN

19. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

32. Sitzung
14. März 2024

Beginn: 09.01 Uhr
Schluss: 11.50 Uhr
Vorsitz: Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht aus der Senatsverwaltung

Siehe Inhaltsprotokoll.

Redaktion: Thorsten Peger, Tel. 2325-1455 bzw. quer 99407-1455

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich rufe auf

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –	0138
Drucksache 19/1355	UK(f)
Gesetz über die Unterbringung und Versorgung von geflüchteten Menschen und Asylbegehrenden auf dem Tempelhofer Feld	StadtWohn*

Zu diesem Tagesordnungspunkt ist Herr Julian Schwarze von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen anwesend. Nach § 25 Absatz 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses muss zwischen den Ausschussmitgliedern Einvernehmen bestehen, dass er Rederecht bekommt, beziehungsweise ihm Rederecht eingeräumt wird. Gibt es dazu Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken, dann hat Herr Schwarze Rederecht in diesem Ausschuss. Danke! – Die Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen liegt vor. Diese Stellungnahme wurde Ihnen per E-Mail am 12. Februar 2024 zugeleitet. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich mit der CDU- und SPD-Fraktion gegen die Fraktion Die Linke und die Fraktion der AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Annahme der Vorlage zur Beschlussfassung mit der Ihnen vorliegenden Änderung. Da wir nicht über die Stellungnahme abstimmen können, stelle ich die Frage an die CDU-Fraktion und die SPD-Fraktion, ob der Änderungsantrag wortgleich gestellt wird. – Das ist der Fall. Es liegt uns außerdem ein Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor, der Ihnen am 13. März 2024 per E-Mail übersandt wurde und ebenfalls als Tischvorlage vorliegt. Möchten Sie diesen Änderungsantrag begründen? – Das ist der Fall. – Herr Schwarze, bitte schön!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Auch erst einmal vielen Dank, dass ich hier die Möglichkeit habe, das in diesem Ausschuss zu begründen und vorzustellen. Sie haben gerade richtig dargestellt, dass wir im Stadtentwicklungsausschuss vor einigen Wochen dazu schon beraten und eine entsprechende Diskussion geführt haben. Im Nachgang hat sich unsere Fraktion darauf verständigt, diesen Ihnen jetzt vorliegenden Änderungsantrag zu dem Vorschlag des Senats zur Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes sowie zu dem Änderungsantrag der Koalition zu dieser Änderung einzubringen. Ich möchte kurz darauf eingehen, warum und auch aus welchen Überlegungen heraus wir uns entsprechend positionieren werden.

Wir haben zunächst die ganz klare Position, dass das Tempelhofer-Feld-Gesetz gilt und weiter fortgelten soll und Bestand hat, insbesondere auch bezogen auf die gesamten Debatten, die heute nicht im Mittelpunkt stehen, die aber das Tempelhofer-Feld-Gesetz natürlich betreffen, was Bebauungen am sogenannten Rand angeht. Diese lehnen wir deutlich und klar ab. Wir sehen gleichzeitig die Situation in der Stadt, was die Unterbringung von geflüchteten Menschen angeht. Wir sehen auch, dass wir auf dem Tempelhofer Feld als Ergebnis der letzten Anpassungen und Änderungen vor einigen Jahren in 2016 eine Unterbringung durch Container haben, die dort weiterhin stehen, obwohl die Befristung abgelaufen ist. Die Container sind stehen gelassen worden und sind wieder in Nutzung. Wir sprechen uns nicht dafür aus, diese abzubauen. Dementsprechend tragen wir eine befristete Weiternutzung, solange sie offensichtlich noch in Benutzung und Bedarf sind, mit, allerdings finden wir die vorgeschlagene Ausweitung der Fläche aus verschiedenen Gründen nicht richtig. Deswegen ist das auch Teil unseres Änderungsantrages, in dem wir die Anlage 4 des Gesetzes neu zeichnen, und zwar

entsprechend des Status quo, der bislang galt und der in den letzten Jahren auch geduldet wurde.

Der Grund dafür liegt zum einen in der gewählten Fläche. Wir sehen die Problematik der Konflikte der verschiedenen dort stattfindenden Nutzungen, insbesondere mit den Sportflächen, aber auch mit den Bodendenkmälern. Wie Sie sicherlich wissen, befanden sich während der NS-Zeit auf Teilen der vom Senat ausgewählten Fläche Zwangsarbeiterlager, ebenso gab es dort auch Konzentrationslager. Diese sind auch in ersten Untersuchungen mit Grabungen angesehen worden, und wir finden, dass das ein falscher Ort ist, um auf diese Bodendenkmäler Geflüchtetenunterkünfte zu stellen. Zum anderen sehen wir ein Problem darin, die Sportflächen zu verdrängen und an anderen Stellen unterzubringen, insbesondere mit dem Änderungsantrag der Koalition, der sagt, dass die an anderer Stelle auf dem Tempelhofer Feld gebaut werden sollen, was wir hinsichtlich des bereits angesprochenen Tempelhofer-Feld-Gesetzes als Problem betrachten. Das sei ein Widerspruch zu diesem. Ebenso sind wir der Meinung, wenn schnell und zeitnah Unterbringungen für Geflüchtete zusätzlich im Umfeld des Feldes und Flughafens nötig werden, dann ist das Vorfeld zu nutzen. Das Vorfeld fällt nicht unter das Tempelhofer-Feld-Gesetz, und das kann heute am schnellsten herangezogen werden, um eine Erweiterung zu ermöglichen, so sie denn benötigt wird.

Im Stadtentwicklungsausschuss konnte uns der Senat nicht darlegen, mit welchen Zeitplan er arbeitet, es konnte nicht dargelegt werden, wo Container aufgestellt werden sollen. All diese Fragen wurden uns auch im Hauptausschuss nicht beantwortet. Das bringt uns auch zu dem Schluss, diese Erweiterung nicht mitzutragen, dementsprechend hier unser Antrag zur Gesetzesänderung, die Sie vorlegen. Wir haben darin auch eine textliche Anpassung vorgesehen – das möchte ich noch kurz erwähnen –: falls es auf der Status-quo-Fläche zu Änderungen der Nutzung kommt, dann muss es entsprechend und vor allen Dingen im Einklang mit dem Entwicklungs- und Pflegeplan, den es ja gibt, ortsnah geeignete Ersatzflächen geben.

Zu dem Entwicklungs- und Pflegeplan sei an dieser Stelle auch noch ein Satz zum Änderungsantrag der Koalition gesagt: Wenn Sie die Flächen, wie sie hier in Ihrem Senatsantrag vorgesehen sind, ausweisen, dann nehmen Sie genau die Flächen weg, die auch für eine sportliche Weiterentwicklung vorgesehen waren und widersprechen dort neben dem Tempelhofer-Feld-Gesetz auch noch dem Entwicklungs- und Pflegeplan. Das finden wir auch falsch und sprechen uns deswegen dafür aus, das Vorfeld zu nutzen, so dann es denn möglich wird. Wie gesagt, bisher haben wir da von Ihnen auch keine Auskünfte bekommen. Soweit! – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Schwarze! – Zur Erläuterung der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1355 durch den Senat erteile ich das Wort an Frau Senatorin Schreiner. – Bitte!

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU): Vielen Dank! – Ich gebe gerne an Frau Staatssekretärin ab.

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Vielen Dank! – Die Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes haben wir in Angriff genommen, nachdem uns unsere Kollegen aus der Senatsverwaltung für Soziales darum gebeten haben. Sie haben uns darum gebeten, weil wir uns in der Stadt in einer sehr ernsten Situation befinden. Wir haben im Monat zwischen 1 500 und 1 800 ankommende Geflüchtete. Das ist ganz normales Asylgeschehen, aber es sind auch immer noch Menschen aus der Ukraine, die zu uns kommen. Jedem, der den Sinn in Frage stellt, dass wir in der Stadt jetzt dringend mehr Kapazitäten für die menschenwürdige Unterbringung schaffen müssen – und ich sage ausdrücklich: temporäre Unterbringung von Geflüchteten –, dem empfehle ich einen Besuch in Tegel. Dort werden Sie sehen, dass die Kapazitäten, die dort mit wirklich vereinten Kräften gesteigert wurden, am Limit sind. Im Moment sind dort ungefähr 4 500 Menschen untergebracht. Die Menschen sind in Zelten untergebracht, und die Standards sind aus unserer Sicht auch vertretbar. Das ist auch die Lage vor Ort, sehr eindrucksvoll. Ich empfehle wirklich einen Vor-Ort-Besuch, weil Sie sehen werden, dass es letztendlich um Menschen geht. Wir reden nicht abstrakt über irgendwelche Flächen, sondern wir reden über die Unterbringung von Menschen.

Wenn Sie sich die Lage angucken, wie sie sich gerade darstellt, mit monatlich 1 500 bis 1 800 Menschen und den Kapazitäten, die wir haben, wird relativ schnell deutlich, dass wir spätestens im Juni/Juli an unsere Kapazitätsgrenzen stoßen. Ich muss sagen, dass ich auch etwas voreingenommen bin, weil ich in meinem vorherigen Tun sehr intensiv im Bereich Flüchtlingsmanagement und Migration tätig war. Ich möchte nicht, dass in Berlin Geflüchtete in Turnhallen untergebracht werden müssen oder – wie 2015/2016, wo ich nämlich genau in dem Bereich auch tätig war – auf der Straße nächtigen müssen. Das möchte ich nicht, und ich glaube, das möchte auch keiner der Anwesenden in diesem Raum. Deswegen müssen wir uns einfach dieser Realität stellen und gucken, wo wir die Menschen unterbringen können.

Wenn wir jetzt uns das Tempelhofer Feld anschauen, dann ist es so, dass wir dort die Flächen haben, die jetzt schon belegt sind. Diese Flächen konnten belegt werden, weil wir das Tempelhofer-Feld-Gesetz schon im Jahr 2016 geändert haben, aber eben nur temporär. Sie haben es genau richtig ausgeführt: Diese temporäre Regelung ist jetzt ausgelaufen, und wir können die Menschen nur noch auf Basis einer Duldung unterbringen. Das ist aber nicht rechtssicher. Die Tempohomes, die jetzt vor Ort stehen, werden auch nicht ausreichen, um die Menschen,

die kommen, unterzubringen. Deswegen braucht es aus Sicht derjenigen, die für die Unterbringung der Geflüchteten verantwortlich sind, neue Kapazitäten. Wir begreifen das als Senat ausdrücklich als eine Gesamtverantwortung. Wir sagen nicht: Da ist die eine Verwaltung zuständig, schaut mal, wie ihr das schafft –, sondern wir machen das alle gemeinsam. Das ist aus meiner Sicht auch die einzige Möglichkeit, hier wirklich gemeinsam tätig werden zu können.

Wir brauchen neue Kapazitäten, und wir haben uns in einem sehr, sehr langen Prozess gemeinsam mit allen beteiligten Senatsverwaltungen, auch gemeinsam mit den Logistikern, die vor Ort für die Unterbringung konkret zuständig sind, mit den Kollegen vom Denkmalschutz die Flächen angeschaut und sind letztendlich zu der Flächenkulisse gekommen, wie sie sich jetzt in diesem Gesetzesentwurf wiederfindet. Ich bitte Sie um die Zustimmung zu dieser Änderung. Es ist ausdrücklich eine Fläche, die wir vorsehen, östlich von den Tempohomes, die jetzt schon da sind, und diese Fläche ist auch ausdrücklich befristet zu nutzen. Es geht um eine befristete Unterbringung. Es geht nicht um dauerhafte Bauvorhaben, die dort gemacht werden, sondern es geht um eine befristete Unterbringung. Das muss man auch immer im Hinterkopf haben. Es geht praktisch um die Änderung des § 9 Tempelhofer-Feld-Gesetz, die Anlage 4, das haben sie alle auch vorliegen.

Wichtig ist, dass wir eine befristete Möglichkeit der Unterbringung bis zum 31. Dezember 2028 vorsehen. Danach, das ist auch wichtig, besteht auch die Pflicht zum Rückbau dieser temporären Unterbringung. Es ist insgesamt eine Fläche von 14,4 Hektar ausgewiesen. Das ist ein Anteil von 4,74 Prozent der Fläche des Geltungsbereich des Tempelhofer-Feld-Gesetzes. Sie haben auch das Thema Sportflächen und auch die historischen Bodendenkmäler, muss man ja sagen, der Unterbringung für die Zwangsarbeiter angesprochen. Sie können uns wirklich glauben, dass wir das alles miteinander sehr hart diskutiert haben. Wir mussten aber letztendlich unter Abwägung aller Argumente und aller Faktoren, die wir vor Ort haben, zu einer Entscheidung kommen. Die haben wir uns wirklich nicht leicht gemacht. Wir haben uns für diese Fläche entschieden, weil das die war, wo wir praktisch alle Aspekte noch am besten in Einklang bringen konnten.

Zu dem Bodendenkmal: Das befindet sich wirklich im Boden. Das soll nicht angegriffen werden, und nach dem Rückbau ist es auch wieder zugänglich. Letztendlich befinden sich auch Teile der Tempohomes jetzt schon in diesem Bereich. All diese Aspekte haben wir in der Abwägung miteinander sehr hart diskutiert. Das wissen alle, die dabei waren. Es war keine einfache Entscheidung, aber wir haben die so getroffen. Alle Aspekte, die Sie zu Recht ansprechen, haben wir praktisch bei der Erstellung dieses Gesetzentwurfs auch berücksichtigt. So viel vielleicht fürs Erste! – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Staatssekretärin Behrendt! – Ich habe hier eine Redeliste. Ich lese sie vor: Herr Freymark, Frau Vierecke, Frau Radziwill, ich würde als naturschutzpolitischer Sprecher dazu reden, Herr Schwarze, Frau Gennburg. Ich erteile das Wort an Herrn Freymark. – Bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will mich auch explizit beim Kollegen Schwarze bedanken, weil er nämlich einen Blickwinkel hier aus Sicht der Grünen, aber mit Sicherheit eine Sicht der Stadtgesellschaft hier geltend macht, die ganz sicher in jede Diskussion gehört. Auf der anderen Seite nehmen wir als CDU-Fraktion die

Sichtweise ein, dass wir hier ein riesiges Areal haben, das unbebaut ist, ein teilweise versiegeltes Areal, das bei den meisten Christdemokraten dazu führt, dass man sagt, dass mindestens eine Randbebauung möglich sein muss. Als Umweltpolitiker habe ich auch immer gesagt, ich könnte mir auch gut vorstellen, für die Krisen, die noch kommen, eine große Freifläche freizuhalten, für was auch immer und für welche Krise auch immer, die ich mir nicht wünsche. Wir haben jetzt die Situation wiederholt, dass wir mit den erhöhten Flüchtlingszustrom nach Berlin genau in einer solchen Situation sind. Wir haben hier eine Riesenfläche, die temporär, das heißt zeitlich befristet bis 2028 genutzt werden kann, in einem Umfang von nicht einmal 5 Prozent der Gesamtfläche, um Menschen zu helfen, um Menschen unterzubringen, nicht um Fakten zu schaffen, um dann weitere Bebauungen noch einfacher möglich zu machen – Herr Schwarze, das wissen Sie selbst: Da hätten wir noch sehr intensive gemeinsame Debatten in diesem oder auch in anderen Ausschüssen und natürlich in der Stadtgesellschaft.

Hier geht es aber um eine Krisensituation, und deswegen ist es der einzig richtige Weg, den der Senat in einem langfristigen Verfahren – für politische Verhältnisse muss man das ja sagen – hier gewählt hat. Das ist seit sechs Monaten Thema in der Stadtgesellschaft. Das ist ja im Senat im Oktober miteinander schon besprochen und später auch verabredet worden. Und deswegen will ich appellieren, dass wir eine humanitäre Pflicht haben, Menschen so unterzubringen, dass es mindestens als menschenwürdig bezeichnet werden kann und zugleich wir aber die Kapazitäten auch im notwendigen Umfang darstellen können. Deswegen will ich dafür, wie gesagt, mit Nachdruck werben.

Um auf Ihren Antrag konkret einzugehen: Sie haben vernommen, dass die Sportflächen auch seitens der Koalition mindestens ausgeglichen werden müssten, wenn es bereits Sportflächen sind, die vor Ort in Anspruch genommen werden. Wenn diese Flächen genutzt werden, müssten dann an anderer Stelle Sportflächen möglich gemacht werden. Vielleicht noch zum Abschluss: Das Thema der Zwangsarbeit ist ein immens wichtiges. Es wird per Stele vor Ort darüber informiert. Es gibt auf den Webseiten diverse Möglichkeiten, sich damit zu beschäftigen. Die Lufthansa hat vor 20 Jahren einen eigenen Report rausgebracht, und natürlich kann es auch unsere gemeinsame politische Verantwortung sein, hier noch über Ausgrabungen und Ähnliches nachzudenken und das auch auf den Weg zu bringen. Das ist jetzt vielleicht nicht der passende Ausschuss, um das dann final zu besprechen, aber wenn Sie daran ein erhöhtes Interesse haben, auch diesen Ort für die Aufarbeitung und für die Sichtbarmachung des Unrechts zu stärken, dann werden Sie mit der CDU-Fraktion dabei einen starken Partner haben. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Ich glaube, wir haben hier aber auch im Ausschuss für Stadtentwicklung klar gemacht, dass wir an der Seite der Menschen stehen, die unsere Hilfe brauchen. Das ist, finde ich, eine humanitäre Pflicht, wirklich konkret zu schauen, wie man diese Menschen unterbringt, die zu uns kommen, die Hilfe benötigen. Es ist aber auch gleichzeitig keine Vorentscheidung über das Tempelhofer Feld, und das ist auch immer wieder deutlich und auch wirklich ganz klar zu machen. Ich habe dazu auch viele Anfragen gekriegt, die genau darauf drängen, und ich verstehe das auch. Ich glaube aber, dass man hier wirklich einfach einen ganz deutlichen Unterschied machen muss, dass wir jetzt über eine Notsituation reden und

auch nur um eine Entscheidung bis 2028 – das Datum ist ja auch gefallen –, dass es nur ein temporäres Stillen einer wirklichen Notsituation gilt.

Die Bodendenkmäler, die Spuren des Zwangsarbeiterlagers: Die historische und entwicklungspolitische Bedeutung der Flächen ist bekannt, wurde berücksichtigt, und hier geht es ja auch nicht um einen Bauprozess. Insofern tragen wir dem Rechnung, haben das abgewogen, aber es ist eben keine Bauentscheidung über das Tempelhofer Feld an dieser Stelle. Das sind zwei Paar Schuhe, und das muss ich auch einfach noch mal so deutlich sagen.

Ihren zweiten Änderungsantrag sehen wir kritisch, weil es eben am Ende eine flächenmäßige Reduzierung und für die Nutzungsmöglichkeit für die Unterbringung Geflüchteter eine definitive Einschränkung bedeuten würde. Insofern dazu deutlich Nein! Die Sportflächen haben wir eigentlich schon im Ausschuss für Stadtentwicklung besprochen. Wir haben das 2015 erlebt. Bei mir in der Straße war eine Turnhalle, die für die Unterbringung geflüchteter Menschen belegt wurde. Das war in dem Moment wichtig, aber führte auf der anderen Seite dazu, dass Sport nicht mehr so gemacht werden konnte. Das ist eine Entscheidung, die wir auch als Stadt getroffen haben, dass wir das so nicht mehr wollen. Wir wollen da nicht Interessen ausspielen und haben so auch die Entscheidung getroffen, dass wir für die Sportflächen, die dort auf der auf der Fläche momentan sind, auch einen Ausgleich schaffen, weil es eben auch eine Wichtigkeit hat.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Frau Radziwill von der SPD-Fraktion hat jetzt das Wort. – Bitte!

Ülker Radziwill (SPD): Ich will meine Kollegin nicht wiederholen, aber noch einmal mit Nachdruck das bestätigen, dass das für uns keine Vorentscheidung ist. Es ist aber auch sinnvoll, nach einer gewissen Zeit bei der Bevölkerung nachzufragen, was für eine Vorstellung man hätte, worauf man sich vielleicht zukünftig auch einlassen könnte. Das in einem interessanten Beteiligungsformat abzufragen, mit der Stadtgesellschaft in einen Dialog zu kommen, finde ich ein sehr gutes Vorgehen. Es zeigt auch, dass die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sich da, was die Beteiligungsformate angeht, auch weiterentwickelt und auch interessante neue Formate ausprobiert.

Ich war im Stadtentwicklungsausschuss zugegen, war sozusagen in dem Ausschuss, als die Diskussion stattfand, und ich fand genau diesen Aspekt, den die Grünen da reingebracht haben, dass dort keine Beteiligung möglich ist und die Senatsverwaltung dort nur auf einer einseitigen Spur unterwegs ist, in jedem Fall den Rand bebauen wird und Ähnliches, sehr schräg, und das wurde dem eigentlichen Anliegen, nämlich Menschen, die hier sind und Schutz brauchen, ihnen ein halbwegs würdiges, ein halbwegs erträgliches Format an Unterbringung und Schutz zu gewähren, überhaupt nicht gerecht. Ich war auch über die Diskussion, wie sie dort geführt worden ist, echt entsetzt. Man hat im Grunde genommen in diesem Änderungsantrag, den die Koalition eingebracht hat, nämlich genau das, was Ihre Anliegen bestätigen: Wenn diese Flächen dort genutzt werden, die Sportflächen dort nicht mehr zur Verfügung stehen, sollten sie an anderer Stelle, aber auch auf jedem Fall auf dem Tempelhofer Feld adäquat wieder aufgebaut werden, sprich den Sport dort weiterhin zu ermöglichen. Das ist unser Änderungsantrag gewesen. Der ist doch auch in Ihrem Sinne.

Diese Form der Diskussion, wie sie im Stadtentwicklungsausschuss geführt worden ist, möchte ich hier echt nicht wiederholen. Ich finde die Diskussion hier sehr sachlich und würde sehr darum plädieren, dass wir gerade in diesen Zeiten, wo rechtspopulistische Parteien mit dem Thema Migrations- und Flüchtlingspolitik diese Gesellschaft spalten, Sie als Grüne, gerade Sie auch als Linke mit einladen, uns gemeinsam für diese Menschen einzusetzen und zu zeigen: Berlin als Stadtgesellschaft hilft Menschen, die Schutz brauchen.

Es ist sinnvoll, hier auch etwas vorzuhalten. Es dauert immer, bis die Sachen aufgebaut sind. Da bin ich ganz bei meiner Kollegin Frau Linda Vierecke. Ich will auch nicht, dass in den Kiezen die Sportflächen verschwinden, nur weil wir eine Sportfläche auf dem Tempelhofer Feld weiterhin partout erhalten müssen. Das ist, finde ich, den vielen anderen Kiezen gegenüber nicht solidarisch. Von daher ist Ihr Antrag hier definitiv abzulehnen.

Ich will auch noch mal zum Denkmalschutz ergänzen. All die Formate, die wir haben, was Bebauungspläne angeht, was dort zu beachten ist, wird hier beachtet. Es ist in jedem Fall so zu prüfen, und hier ist auch eine Vorprüfung erfolgt. Was noch einmal festzuhalten ist: Berlin muss Gedenkorte erhalten; da sind wir alle auf derselben Seite. Das ist unsere Verpflichtung, und hier in dem Fall ist der Gedenkort im Boden – in Gänsefüßchen – geschützt, und der wird auch weiterhin geschützt werden. Eine Aufarbeitung ist an allen Orten perspektivisch auch sinnvoll und notwendig, und das tun wir auch. Gemeinsam gedenken wir all der Opfer der NS-Diktatur, und gemeinsam sagen wir auch: Nie wieder! –, zu so etwas. Wir stehen als Stadtgesellschaft dort gemeinsam. Da bitte ich auch alle, die jetzt Nein sagen, die Dimension des Neins noch einmal zu überdenken und ihren Antrag zurückzuziehen. Eigentlich müssten Sie den aus meiner Sicht zurückziehen, und wir lehnen den ab, wenn Sie den nicht zurückziehen. – Danke!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Radziwill! – Ich würde jetzt kurz meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Grünen wechseln und hätte zwei kurze Fragen.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Mich würde interessieren, weil das bis jetzt nicht angesprochen wurde, wie weit das Pflege- und Entwicklungskonzept berücksichtigt wird. Sie wissen, dass dieses Konzept in einer großen Beteiligung von Umweltverbänden, Naturschutzverbänden und viele Menschen, die da aktiv waren, entstanden ist. Wurde dieses Konzept bei Ihren Plänen, ich meine die Pläne des Senats, berücksichtigt? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum denn nicht?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Jetzt wechsle ich wieder zu meiner Rolle als Ausschussvorsitzenden und lese die Redeliste vor: Herr Schwarze, Frau Billig, Herr Bertram und Frau Vierecke sind auf der Liste. – Herr Schwarze, Sie haben das Wort!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Frau Radziwill: Ich verstehe an Ihrem Wortbeitrag eine Sache nicht, und zwar warum Sie jetzt sagen, dass wer sich gegen Rechtspopulisten einsetzt und gegen rechts kämpft, muss diesem Gesetz zustimmen und wer das nicht tut, sich daran irgendwie nicht beteiligen würde. Das ist sehr stark konstruiert und falsch, und diesen Vorwurf lassen wir uns auch nicht machen. Das muss an dieser Stelle ganz klar gesagt werden. Es ist folgendermaßen. Die Senatsverwaltung hat ausgeführt, dass es eine Dringlichkeit zur Unterbringung gibt. Das sehen wir auch. Das haben wir auch formuliert, und das habe ich

in dem Wortbeitrag vorhin und auch im Stadtentwicklungsausschuss gesagt, und da habe ich auch von den demokratischen Fraktionen niemanden gehört, der da etwas anderes gesagt hat.

Es ist so, dass wir einen Dissens über die Fläche haben und nicht über das, warum es gemacht wird oder gemacht werden muss. Wir sagen das, wenn es im Sinne des Senates sein soll, dass wir schnell Plätze benötigen – Sie haben gesagt, wir stoßen im Juni/Juli an die Kapazitätsgrenzen –, dann ist es das Vorfeld, was herangezogen werden muss, weil das können Sie sofort nutzen, weil der Änderungsantrag der Koalition – ich gehe davon aus, Sie kennen ihn – besagt, dass Sie die Flächen erst dann nutzen können, wenn die Sportanlagen woanders fertig gebaut sind. Das bedeutet, Sie werden in den nächsten Jahren überhaupt nichts von dieser Fläche nutzen können, weil Sie erst einmal für zum Beispiel die Sportanlagen Bauanträge stellen und bauen müssen.

Wenn es also um Geschwindigkeit geht, und das scheint hier ja der Fokus zu sein, und das ist ja wohl auch zu Recht dann nötig, nutzen Sie das Vorfeld und nicht diese Flächen. Wir sind in der gesamten Anlage beim Tempelhofer Feld inklusive Gebäude, also nicht nur der Geltungsbereich des Gesetzes, immer in der Debatte über Denkmalschutz. Auch die Flächen, die Sie jetzt ausgewählt haben, fallen darunter, auch das Vorfeld fällt darunter. Es ist also immer auch eine politische Entscheidung Wo sage ich zum Denkmalschutz: Da werden wir das jetzt aber nötig brauchen, ohne die denkmalgeschützte Substanz damit zu zerstören. – Beim Vorfeld und auch auf der jetzigen Fläche gibt es bereits Auflagen, die sagen, dass zum Beispiel der Boden nicht nachhaltig kaputtgemacht werden darf. Das lässt sich also auch eins zu eins auf das Vorfeld übertragen, was sich ebenso an die bestehende Struktur anschließt und den gleichen Synergieeffekt hätte; ich gehe nur in Richtung Westen anstatt in Richtung Osten, um auf der Karte das noch einmal zu verdeutlichen. Das ist unser Vorschlag. Sie kriegen die gleiche Kapazität, wahrscheinlich sogar mehr und vor allen Dingen schneller dort unter. Warum das nicht gemacht wird, das erschließt sich uns nicht. Das ist der Vorschlag.

Das bestätigt ja letztendlich auch noch einmal, dass dieser Vorwurf, wir würden uns hier gegen die Unterbringung und gegen eine Notsituation oder Ähnliches verwehren, völlig ins Leere läuft. Ich halte es auch für sehr gefährlich. Im Gegenteil ist das nämlich, glaube ich, der Punkt, diese Sachen gegeneinander auszuspielen. Weil genau das ist doch das, was dann den Rechtspopulisten und noch weiter rechts stehenden überhaupt erst nutzt. Genau dieses Ausspielen muss aufhören. Dieses Ausspielen von Nutzungen muss aufhören. Wir müssen hier einen Diskurs führen, der genau das nicht aufmacht. Wenn das jetzt von den demokratischen Fraktionen selbst aufgemacht wird, schaden wir uns damit allen und vor allen Dingen auch dem Anliegen und am Ende der Akzeptanz für die Unterbringung auf dem Gelände, egal wo sie dann stattfindet. Dementsprechend kann ich nur daran appellieren, das nicht zu tun.

Unsererseits haben wir sehr deutlich gemacht: Wir unterstützen die Notwendigkeit der Unterbringung von Menschen in anderen Situation, als wie das in Tegel passiert. Da sind wir seit Jahren dafür, und das wissen Sie auch. Dementsprechend, wenn es um Geschwindigkeit geht, ist der Vorschlag das Vorfeld. Gerade in Kombination mit dem Änderungsantrag der Koalition werden diese Flächen ansonsten sowieso nicht schnell zur Verfügung stehen. Es ist nur logisch, dort auf die anderen Flächen auszuweichen. – Vielen Dank!

[Beifall aus dem Zuschauerraum]

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke! – Entschuldigen Sie! Sie dürfen nicht klatschen. Ich müsste sie raus- – – Sorry! Ich möchte ganz kurz § 4 der Hausordnung erläutern, sonst müsste ich Sie tatsächlich rausbitten. In Satz 2 steht, dass Zwischenrufe, Beifall und Missfallensäußerung und sonstige Manifestationen untersagt sind. Ich gehe davon aus, liebe Kollegen und Kolleginnen, dass die Zuschauerinnen und Zuschauer das wissen. Bild- und Tonaufnahmen sind auch nur mit Erlaubnis gestattet, und mitgeführte Mobiltelefone sind abzuschalten. – [Zuruf] – Wir sind hier zum 35., 36. Mal, liebe Kolleginnen und Kollegen, und es gab so einen Fall nicht, deshalb habe ich das vorab nicht gesagt. Jetzt haben wir diesen Fall, und ich lese aus der Hausordnung. Beim nächsten Mal machen wir das zu Beginn der Sitzung. Ich bitte Sie darum. Danke schön! – Auf der Redeliste sind Frau Billig, Frau Gennburg. – Frau Billig, bitte!

Daniela Billig (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich kann mir den Block, wie wir zu der Flüchtlingsunterbringung stehen, sparen. Mein Vorredner hat sehr deutlich gemacht, dass wir in keiner Weise gegen die Flüchtlingsunterbringung sind, dass wir ganz im Gegenteil die Notsituation anerkennen. Mit unserem Vorschlag würden Sie schneller und wahrscheinlich sogar mehr bauen. Deswegen beschränke ich mich auf die Bodendenkmäler, und ich muss mich sicherlich beim Denkmalschutzamt beschweren, dass diese Fläche freigegeben worden ist, aber die Behauptung, dass hier irgendwelche Bodendenkmäler geschützt sein, ist schlicht falsch. Ich kann mir vorstellen, dass Sie alle noch kein Bodendenkmal in echt gesehen haben, dass Sie noch auf keiner Ausgrabung gewesen sind, aber wenn Sie Container auf diese Bodendenkmäler stellen, dann ist die Gefahr, dass die kaputt gehen, sehr groß – das einmal zu den Bodendenkmälern. Man kann sich unter Umständen dazu entscheiden, wie der Denkmalschutz das gemacht hat, es trotzdem zu tun, aber geschützt sind sie nicht, und auch Bodeneingriffe werden möglicherweise stattfinden. Sie können nicht ständig irgendjemanden da hinstellen, der verhindert, dass irgendjemand da den Boden öffnet. Die Entscheidung haben Sie so getroffen, aber die Behauptung, hier wäre irgendetwas geschützt, stimmt nicht.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke! – Frau Gennburg, bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Die Koalition hat angekündigt, das Feld bebauen zu wollen, und fordert heute von uns ein, die Bebauungsdebatte von der Unterbringungsdebatte zu trennen und dass alle, die sich gegen die Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes stemmen, dann erklären müssen, wie sie Geflüchtete unterbringen wollen. Okay, das können wir heute hier nicht abschließend klären. Die Fraktion Die Linke hat in den letzten Jahren viele Vorschläge gemacht, wie der Raum in dieser Stadt sozial und ökologisch verteilt werden kann.

Ich stelle fest: Sie vermischen hier die Debatten. Sie haben längst begonnen, die Bebauung des Feldes zu planen. Sie haben den Wettbewerb ausgelobt. Sie haben 3 Millionen Euro für die personelle Untersetzung zur Bebauungsplanung des Feldes bereits in der entsprechenden Senatsverwaltung eingestellt, und Sie haben den Prozess gestartet. Sie haben mitgeteilt, dass Sie nur nach dem Weg fragen werden und nicht nach dem Ob. Deswegen ist die Sache völlig klar. Sie können hier nicht auflaufen und uns erzählen, dass das alles nichts miteinander zu tun hat – Punkt eins.

Punkt zwei: Wir reden hier über die Änderung eines Volksgesetzes. Das ist für uns die Frage des Respekts vor der direkten Demokratie. Dass die CDU und auch Teile der SPD in den letzten Jahren diese direkte Demokratie nicht respektiert haben, wissen wir, dass Sie jetzt diese Situation der Geflüchteten nutzen, um die direkte Demokratie auszuspielen, ist ehrlich gesagt nicht okay. Wir reden hier über das Volksgesetz, das am 25. Mai 2014 mit 739 124 Stimmen, übrigens mit einer Mehrheit in allen Bezirken, befürwortet wurde. Dieses Volksgesetz achten wir. Als Linke lehnen wir Ihr Vorgehen klar ab.

Wir haben in den letzten Jahren klargestellt, dass die Raumverteilung in der Stadt eine soziale und eine ökologische Frage ist und dass die Auseinandersetzung, die Sie führen, alle politischen Debatten in der Stadt auf das Feld zu projizieren, durchschaubar und politisch nicht haltbar ist. Wenn wir darüber reden, wie wir eigentlich Menschen unterbringen wollen, kann ich Ihnen sagen, dass wir seit Jahren ein Leerstandskataster fordern, um überhaupt eine Transparenz darüber herzustellen, wo eigentlich geeignete Leerstände und Flächen, die genutzt werden können, sind. Dazu sagen Sie auch nichts. In Berlin stehen alleine über 1 000 Wohnhäuser mit mehreren Wohneinheiten leer. 1 Million Quadratmeter Büroflächen stehen leer, meine Damen und Herren. Circa 70 000 Ferienwohnungen gibt es in dieser Stadt, die man zurückführen könnte, wo man Menschen unterbringen könnte. Ich sage mal bei den 1 Million Quadratmeter Fläche, um das mal für alle, die jetzt keine Vorstellung von haben, zu übersetzen: 1 Million Quadratmeter bedeutet ungefähr 10 000 Wohnungen für Fünfpersonenhaushalte, meine Damen und Herren.

Frau Radziwill! Wenn Sie hier kommen mit: Wir müssen über die würdige Unterbringung von Geflüchteten reden –, dann reden wir darüber. Reden wir darüber, dass sie in gebauten Objekten, die bereits dastehen, menschenwürdig untergebracht werden könnten, menschenwürdig leben könnten; darüber reden wir gerne. Wir reden auch gerne darüber, dass wir übrigens Sie dazu bringen wollten, dass wir den Wohnberechtigungsschein für Geflüchtete ausstellen, für die menschenwürdige und gleichberechtigte Unterbringung in kommunalen Wohnungen. Das haben Sie nicht mitgetragen. Deswegen ist diese Debatte, die Sie ja aufmachen, so etwas von nicht okay. Dass Sie weiterhin so tun, als würde jeder, der hier gegen die Gesetzesänderung ist, gegen die Unterbringung von Geflüchteten sein, ist durchschaubar und unhaltbar. Ich weise das für meine Fraktion entschieden zurück.

Deswegen muss ich auch ganz ehrlich sagen, dass ich ein bisschen fassungslos bin, dass die Grünen hier einen Änderungsantrag vorlegen, weil auch sie offenbar das Gesetz ändern wollen oder sich bereits auf das Glatteis begeben haben. Ich finde, wir können das nicht zulassen, auch im Interesse der Debatte in der Stadt dürfen wir nicht zulassen, dass hier allen Menschen die dafür demonstrieren, dass ihre grünen Hinterhöfe nicht bebaut werden, dass Volksgesetze respektiert werden, immer gesagt wird: Wenn ihr dagegen seid, seid ihr gegen die Unterbringung von Geflüchteten. – Diese Debatte müssen wir zurückweisen, meine Damen und Herren. Wir haben genug Platz in dieser Stadt. Wir haben viel zu viel Leerstand in dieser Stadt. Der Raum in dieser Stadt ist hochgradig unsozial verteilt, und das ist eine soziale und eine ökologische Dramatik, die sich damit verbindet. Ich weiß, dass wir uns im Grundsatz einig sind, aber ich will deswegen klarstellen, dass wir auch dem grünen Antrag auf gar keinen Fall zustimmen, sondern sowohl das Koalitionsvorhaben als auch das Vorhaben der Grünen ablehnen. Ich möchte mich abschließend bei der „Initiative 100 % Tempelhofer Feld“ bedanken, dass Sie seit 2016 immer solidarisch mit den Geflüchteten waren und das auch weiterhin sein werden. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Noch ein Hinweis: Es steht nirgendwo, dass wir vorab in der Sitzung darauf hinweisen sollen, wie sich die Zuschauer hier im Raum zu verhalten haben, sodass es zu diesem Fall kam. Ich bitte Sie, Frau Radziwill – das haben Sie zum dritten Mal gemacht –: Sagen Sie mir bitte nicht, wie ich diese Sitzung zu leiten habe. Das wäre meine Bitte an Sie. Wie gesagt, es war zum dritten Mal, und deshalb meine Bitte an Sie! – Herr Bertram, Sie haben das Wort! Dann hat sich Herr Schwarze noch einmal gemeldet.

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich will hier gar keine große grundsätzliche Migrationsdebatte aufmachen, aber das wurde jetzt deutlich, dass es nun einmal auch zur Wahrheit dazugehört, dass die ganzen in der Vorlage geschilderten Probleme einzig und allein darauf zurückzuführen sind, dass wir es bundesweit immer noch mit einer vollkommen ungesteuerten Einwanderung unter dem Deckmantel des Asylrechts zu tun haben und die vorhandenen Aufnahmekapazitäten Berlins bereits jetzt deutlich überdehnt sind. Das haben wir zuletzt auch in der Diskussion über die Bedingungen in Tegel gehabt und das hat auch Frau Staatssekretärin Behrendt gerade sehr eindringlich geschildert. Trotzdem hat der Senat ganz offensichtlich nicht den Mut, um dieses Problem endlich wirklich anzupacken, denn sonst würde man solche Maßnahmen wie einen Winterabschiebestopp nicht erlassen. Ich möchte nur daran erinnern – das ist heute oder die letzten Tage noch einmal groß in den Medien gewesen –, dass Ende 2023 insgesamt fast 16 000 Ausländer in Berlin lebten, die keinen Aufenthaltsrecht in Deutschland haben und damit eigentlich ausreisepflichtig sind. Der Vollzug der Ausreise wäre übrigens ein Gebot der Fairness denjenigen gegenüber, die wirklich asylberechtigt sind. Stattdessen soll nun auf dem Tempelhofer Feld eine Container- und Zeltsiedlung von 14,4 Hektar entstehen. Sie verlängern also nicht nur die bestehende Situation, sondern verschärfen diese auch noch durch eine Verdopplung des Areals.

Damit wird ein ganz zentrales Stück direkte Demokratie ausgehebelt, und das ist der eigentliche Skandal. Da gebe ich der Kollegin Gennburg an der Stelle einfach mal recht, an der Gesetzesänderung kommen Sie nicht umhin. Da stellt sich mir die Frage, ob das grundsätzlich auch zukünftig der Umgang mit den demokratischen Prozessen in dieser Stadt sein soll. Für uns zumindest ist klar, dass eine Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes nur über einen neuen Volksentscheid machbar ist.

Was mir allerdings beim Lesen der Vorlage aufgefallen, ist – das muss ich deutlich sagen – ein gewisser Taschenspielertrick, den wir hier bei den Kosten des Gesetzes sehen. Dort schreiben Sie, dass die Gesetzesänderung keine Kosten verursachen wird, da die Errichtung von baulichen Unterkünften nicht unmittelbare Folge der Gesetzesänderung ist. Sie bringen also eine Gesetzesänderung ein, schildern hier deutlich, dass das Ziel die Errichtung von baulichen Unterkünften auf dem Tempelhofer Feld ist, das schreiben Sie auch unter den Punkten a und b, aber wenn es um die Kosten geht, schreiben Sie rein, dass das keine unmittelbare Folge der Gesetzesänderung ist. Das ist aus unserer Sicht einfach unehrlich.

Zu der Thematik, zu der es heute kam, der befristeten Unterbringung: Das ist exakt das Gleiche, was wir vor einigen Jahren hatten. Auch da hat der Senat die ganze Diskussion um die Änderung des Tempelhofer-Feld-Gesetzes genutzt und gesagt, dass das nur temporär sei und wieder zurückgebaut werde. Wir sehen jetzt genau, wo wir stehen. Wir haben die Diskussion wieder, und das bestätigt uns einfach unserer Position. Daher abschließend: Das kann Ihnen wirklich niemand mehr abnehmen, und wir werden das natürlich ablehnen. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Bertram! – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Die Situation, warum geflüchtete Menschen zu uns nach Deutschland kommen, hat etwas damit zu tun, in welche Lage wir uns in der Welt gerade befinden und hat unter anderem auch etwas mit Putin zu tun, der eine völkerrechtswidrige Vollinvasion in die Ukraine macht und mit dem die AfD beste Kontakte pflegt. Um so etwas zu verhindern, muss man einfach mal wirklich Demokratie leben, und dazu gehören auch Auseinandersetzungen

wie diese, die wichtig sind, die uns aber in dieser Sache auf jeden Fall nicht auseinanderbringen.

Vielleicht auch noch eine Sache dazu: Wir reden von einer Notunterbringung und nicht von einer Aufgabe, die wir in dieser Stadt haben, nämlich zusätzlich nach Wohnraum zu schauen. Um vielleicht auch auf die Positivseite zu schauen: Wir haben ein Urteil zum Zweckentfremdungsverbotsgesetz, dass das möglich machen wird, und da wird etwas passieren, dass wir Ferienwohnungen auch wirklich freiziehen, also auch die, die schon vor 2014 welche waren. Ich glaube, wir haben da gute Schritte vor uns.

Wenn wir auf den Umgang mit dem Tempelhofer Feld schauen, haben wir uns als Koalition, deren Teil ich auch bin, darauf geeinigt, dass wir das Verfahren der Beteiligung machen müssen/werden, und da gibt es zwei Fragen: einmal die Wie-Frage, das ist die der Beteiligung. Da finde ich zum Beispiel – jetzt spreche ich einmal als Sprecherin für Umwelt und Klimaschutz – den Teil, wo wir auf die Ökologie schauen, extrem wichtig. Es ist eine Kaltluftschneise. Es ist wichtig, dass dort Natur und Artenschutz ihren Raum finden und auch für die Menschen Freiräume, aber dass wir auch auf diese Aspekte schauen. Nur wenn diese ordentlich beteiligt sind und wenn die Menschen dort das in den Prozess einbringen können, wird das ein Prozess sein, der von den Berlinerinnen und Berlinern so akzeptiert wird, wo es auch die Ob-Frage gibt, die die Berlinerinnen und Berliner dann eben auch entscheiden. Das haben wir als Kurs festgelegt. Eine Koalition bringt immer auch mit, dass man sich mit Gegenseiten auseinandersetzt, dass man Kompromisse sucht. Das ist der Kompromiss, den wir an der Stelle gefunden haben und der am Ende auch einen ganz klaren Kurs sieht, dass die Berlinerinnen und Berliner das entscheiden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Schwarze, bitte!

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Eine Sache muss noch einmal klargestellt werden: Es hieß eben, dass wir das Tempelhofer-Feld-Gesetz in seinen Grundfesten ändern wollen. Dem ist nicht so, und das möchte ich an dieser Stelle noch einmal klar sagen und vielleicht noch einmal erläutern, weil es scheinbar nötig ist, warum wir diesen Änderungsantrag eingebracht haben: Auf dem Feld stehen diese Container bereits jetzt. Der letzte Senat, nachdem es abgelaufen war und diese Container leer waren, hat es unter Federführung auch einer, ich glaube, linken Senatorin dort stehen lassen. Da hätten wir glaube ich, die Chance gehabt, diese Befristung ernst zu nehmen und diese Container abzubauen. Dem ist nicht gewesen. Jetzt sind in diesen Containern Menschen, die zum jetzigen Zeitpunkt, glaube ich, aus diesen Containern nicht so ohne Weiteres, auch wenn es sinnvoll wäre, bessere Unterkünfte zu haben, woanders hingesetzt werden können. Das ist der Grund, warum wir sagen, dass diese Container da nun einmal noch stehen und noch in Benutzung sind. Diese jetzt abzubauen, halten wir für falsch, weil es nicht der aktuellen Situation in der Stadt entspricht. Wir würden uns das anders wünschen, das ist, glaube ich, völlig klar geworden. Ich glaube, dass es auch die Aufgabe ist, weiterhin gemeinsam – das sage ich bewusst –, weil das der Senat nicht nur alleine kann, sondern mit den Bezirken zusammen, aber vor allem auch mit den demokratischen Fraktionen, die das unterstützen, eine menschengerechte Unterbringung für Geflüchtete in dieser Stadt zu ermöglichen. Wir brauchen eine Lösung, die abseits von temporären Unterkunftsarten, egal ob in Zelten oder Containern, besteht, sondern auch dauerhafte Wohnungen ermöglicht. Dementsprechend ist unser Vorschlag ganz klar, dass das immer nur eine Zwischenlösung sein darf und keine dauerhafte, und dementsprechend, wenn es um Geschwin-

digkeit geht, das Vorfeld zu nehmen ist. Das ist nicht in Widerspruch zum Tempelhofer-Feld-Gesetz.

Abschließend noch, weil ich den Punkt eben vergessen habe, weil sich diese Debatte eigentlich auch auf die Unterbringungen geflüchteter Menschen bezieht und nicht auf die uns bevorstehende große Debatte um die Bebauung des Tempelhofer Feldes: Diese lehnen wir eindeutig ab, und beim Beteiligungsverfahren, wo es eben irgendwie hieß, dass es das bald geben solle, würde ich schon den Namen infrage stellen. Eine Beteiligung beinhaltet auch eine Offenheit und nicht eine Vorfestlegung, wie wir sie in der letzten Woche von SenStadt in einer Sitzung, wo der Zeitplan festgehalten worden ist, hören konnten, wo es auch hieß, wenn sich dieses Gremium, das eingeladen wird, diese 250 Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel entscheiden sollte, dass eine Bebauung der Ränder des Tempelhofer Feldes gar kein guter Plan ist, dann wird das zur Kenntnis genommen, aber nicht berücksichtigt. Ich glaube, darin liegt auch das große Misstrauen begründet, was auch jetzt schon in diese Debatte – das hat man an den Redebeiträgen einiger Abgeordneter gesehen – hineinspielt, was aber auch nicht ignoriert werden kann. Aber noch einmal: Bei diesem Thema hier geht es um die Frage, was wir mit den Geflüchteten Menschen machen, die jetzt schon auf dem Feld sind und wenn wir dringende Bedarfe haben, wo wir die schnell umsetzen können. Da sind wir weiterhin der Meinung, dass das nicht auf neuen Flächen passiert, sondern auf dem Vorfeld und dementsprechend auch für eine Ausweitung von uns ein ganz klares Nein. Wenn die Koalition sagt, dass sie bei ihren Vorstellungen und Vorschlägen bleibt, werden wir das auch nicht mittragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Schwarze! – Zuletzt ist Frau Gennburg an der Reihe. – Bitte!

Katalin Gennburg (LINKE): Aufgrund der Debatte möchte ich nachträglich beantragen, dass es ein Wortprotokoll zu diesem Tagesordnungspunkt gibt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Darüber müssen wir abstimmen. Gibt es Widerspruch? – Nein! Gut, dann wird nachträglich ein Wortprotokoll erstellt. Es gab auch einige Fragen an den Senat. Möchte sich der Senat einbringen? – Das ist der Fall. Frau Schreiner, bitte!

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU): Frau Staatssekretärin Behrendt übernimmt!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): So viele Fragen gab es ehrlich gesagt nicht; es waren eher politische Statements, die wahrscheinlich auch fast alle ihre Berechtigung haben. Bei dieser Fläche sind einfach sehr viele Interessen im Spiel; das wissen wir alle, das müssen wir auch respektieren. Deswegen ist es auch nicht so einfach.

Dieses Entweder-oder Zwischennutzungen der Flächen, die wir jetzt im Gesetzesentwurf vorgesehen haben und der Nutzung, die nicht Teil des Tempelhofer-Feld-Gesetzes sind, sprich Vorfeld und auch Flughafengebäude selbst, Parkplatzflächen, die auch zum Flughafen gehören, sehe ich, ehrlich gesagt, in der Lage, in der wir uns befinden, nicht. Sie wissen sicherlich, dass bereits jetzt schon der Hangar selbst zur Unterbringung von Geflüchteten genutzt wird. Im Hangar selbst sind zurzeit 1 300 Menschen untergebracht. Auf der Parkplatzfläche 3 sind auch noch einmal 66 Menschen untergebracht. Das ist durchaus auch in der Diskussion, auch auf Teilen des Vorfelds Strukturen für die sozialen Infrastrukturen vorzusehen. Da sind Kinder, die betreut werden müssen, da gibt es Schulbedarf. Es geht nicht nur um die reine Unter-

bringung in Containern, sondern es geht auch um die soziale Infrastruktur, die wir auch brauchen. So ist die Realität, so sieht es aus.

Insofern sehe ich dieses Entweder-oder nicht; es ist ein Sowohl-als-auch. Wir müssen die Situation so nehmen, wie sie ist. Es ist kein Wünsch-dir-was. Ich würde mir die Situation auch anders wünschen, aber sie ist nicht anders. Wir haben einen ganz akuten Handlungsbedarf, und wir handeln jetzt. Deswegen haben wir den Entwurf so vorgelegt. Ich denke, dass wir da keine andere Möglichkeit haben. Wie gesagt, das Vorfeld ist auch teilweise für soziale Infrastruktur vorgesehen. Sie können Sich das auch gerne vor Ort ansehen.

Thema Denkmalschutz wurde auch noch einmal angesprochen: Da kann ich nur darauf verweisen, dass wir einen sehr engagierten Denkmalschutz vor Ort haben; das kann ich bestätigen. Die sind in alle Schritte miteinbezogen und werden auch die weiteren Schritte vor Ort eng begleiten. Da können Sie sich ziemlich sicher sein. Insofern würde ich da widersprechen, dass die Baudenkmäler im Boden nicht geschützt sind. Da gibt es den Denkmalschutz, der bei jedem Schritt miteinbezogen ist, und das ist auch gut so.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Staatssekretärin Behrendt! – Wir kommen zur Abstimmung. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir stimmen zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1355 ab. Wer ist für diesen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen? – Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist dagegen? – Das sind alle anderen Fraktionen, daher kann es auch keine Enthaltung geben. Der Änderungsantrag ist damit abgelehnt. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD zur Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1355. Wer ist für diesen Änderungsantrag? – Das sind die Fraktionen der CDU und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind alle drei restlichen Fraktionen, daher kann es keine Enthaltung geben. Damit ist der Änderungsantrag angenommen. Dann stimmen wir auch über die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1355 ab. Wer ist für die Annahme der Vorlage in der so geänderten Fassung? – Das sind die Fraktionen der CDU und der SPD. Wer ist dagegen? – Das sind alle drei restlichen Fraktionen, sodass es keine Enthaltung geben kann und die Vorlage – zur Beschlussfassung – hier angenommen worden ist. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Ich rufe auf

<u>Punkt 4 der Tagesordnung</u>

a)	Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs **Wildtier-Kompetenzzentrum für Berlin** (auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)	0108 UK

b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0150
Aktueller Stand: Wildtierkompetenzzentrum für Berlin UK
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

(neu) c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs 0146
Evaluation des Umgangs mit Berliner Waschbären – für ein evidenzbasiertes Wildtiermanagement UK
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Hierzu: Anhörung

Zu diesem Punkt ist Frau Karola Lakenberg der SenMVKU, Leitung Gruppe Biologische Vielfalt, anwesend. Als Anzuhörende begrüße ich ganz herzlich Herrn Prof. Dr. Heribert Hofer, er ist Direktor des Leibniz-Instituts für Zoo- und Wildtierforschung – Leibniz-IZW –, Frau Dr. Mathilde Laininger, Vorsitzende des HAUPTSACHE WASCHBÄR e. V., Frau Dr. Sylvia Ortmann, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Abteilung für Evolutionäre Ökologie, Leibniz-IZW, und Frau Carolin Weh, WASCHBÄRatung. Ich darf feststellen, dass auch Sie mit den Liveübertragungen und Ton- und Bildaufnahmen der Sitzung einverstanden sind. – Ich sehe Kopfnicken, das ist der Fall. Ich gehe außerdem davon aus, dass ein Wortprotokoll zu TOP 4 angefertigt werden soll. – Da sehe ich auch Kopfnicken, dann verfahren wir so. Möchten die antragsstellenden Fraktionen den Besprechungsbedarf zu TOP 4 a begründen? Das können beide Fraktionen machen, nämlich Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Fraktion Die Linke. – Frau Gennburg macht das. Dann würden wir auch die TOPs 4 b und c begründen lassen. – Frau Gennburg, Sie haben das Wort!

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Einen herzliches Willkommen an unsere Anzuhörenden heute zu diesem großen, umfassenden Tagesordnungspunkt und die Debatte über Tierschutz und Wildtiere in der Stadt. Ich denke, dass es angemessen ist, dass wir das endlich auf die politische Tagesordnung gesetzt haben. Einige von uns sind mit dem Thema schon länger zugange, und es ist deswegen gut, dass es heute endlich zur Sprache kommt. Wir haben darüber gesprochen, dass Berlin ein Wildtierkompetenzzentrum benötigt, um wissenschaftliche Kompetenz im Bereich der Betreuung und Auswilderung, der artgerechten Pflege und Unterbringung sowie tierärztliche und artgerechte Versorgung zu gewährleisten. Dazu gibt es auch eine ganz konkrete Haushaltslage. Die Frage ist jetzt, wann eigentlich losgelegt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir noch diesen Zusatz zu auch dem TOP 4 c, der heute noch auf der Tagesordnung steht, der damit in Zusammenhang steht. Es geht um die Frage des Waschbären und wie dieser Artgenosse hier in dieser Stadt zuhause ist. Es ist sicherlich eines der Tiere, die am sagenumwobensten sind, wie sie hierherkamen, wie sie so viele geworden sind. Fakt ist aber, dass wir uns in der Frage eines artgerechten Umgangs mit den Tieren verständigen und darüber reden müssen, wie wir diese Tiere behandeln wollen. Deswegen freue ich mich, dass heute Vertreterinnen dabei sind, die sehr konkrete Vorschläge machen, die wir auch in die parlamentarische Befassung schon eingebracht haben, nämlich ein Waschbärenkastrationsprojekt, um die Waschbärenpopulation in den Griff zu bekommen

und eben nicht die Tötung ins Visier zu nehmen. Wir erhoffen uns von dieser Anhörung auch eine klare Botschaft aus dem Senat im Sinne des Tierschutzes und im Sinne einer progressiven Politik mit den Wildtieren in dieser Stadt. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Gennburg! – Möchte auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diesen Punkt begründen? – Das ist der Fall. – Frau Tomiak, bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! Ich kann ganz kurz ergänzen. Frau Gennburg hat für uns schon deutlich gemacht, warum diese Themen so wichtig sind. Wir haben heute eine sehr volle Tagesordnung und wirklich viele Themen, die wir gemeinsam ansprechen müssen. Ich bin auch dankbar, dass wir so tolle Anzuhörende hier haben, die ihr Expertenwissen in die Tagesordnung im Umweltausschuss einbringen können, und freue mich, dass wir bestimmte Themen klären können. Gerade das Wildtierkompetenzzentrum ist schon sehr lange in der Planung, beziehungsweise haben wir uns eigentlich schon lange darauf verständigt, dass es Zeit wird, endlich Fahrt in die Sache zu bringen. Deshalb interessiert uns heute auch ganz konkret, was passiert, welche Mittel eingestellt sind. Ich bin ganz gespannt, wie wir gleich in die Debatte gehen und freue mich, dass wir heute endlich dazu sprechen können.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Tomiak! – Möchte die SPD- oder die CDU-Fraktion oder beide TOP 4 b begründen? – Das ist der Fall. – Frau Vierecke, bitte!

Linda Vierecke (SPD): Ich freue mich auch, dass Sie alle hier sind und dass wir über das Thema reden! Ich hatte selbst einmal einen Waschbär bei mir in der Gaube im Schrebergarten, da habe ich viel über Waschbären und über das Dachdecken, was ich danach machen musste, gelernt. Das ist durchaus ein Thema, das viele Berlinerinnen und Berliner beschäftigt. Das Wildtierkompetenzzentrum ist tatsächlich ein Anliegen, das schon länger auch hier im Abgeordnetenhaus diskutiert wird, aber das wir auch in den Koalitionsvertrag geschrieben und im Haushalt hinterlegt haben. Ich freue mich sehr, dass das dann hoffentlich auch wirklich auf den Weg kommt und dass die ganze Expertise, die hier am Tisch sitzt, dort auch einfließt. Ein guter Auftakt, den wir dann hoffentlich nehmen können, um konkreter in die Umsetzung zu kommen!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke! – Herr Freymark, bitte!

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich sehr, Sie alle als unsere Gäste begrüßen zu dürfen. Ich habe gerade noch einmal auf die Präsentation geschaut, die Sie uns hier vom Wildtierkompetenzzentrum des IZW ausgehändigt haben und habe festgestellt, dass wir im fünften Jahr der Diskussion sind. Das haben auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen schon deutlich gemacht; das Wort „endlich“ fiel ein, zwei Mal, und das war der Grund, warum es uns wichtig war, das heute anzumelden.

Sie haben es mitbekommen: Wir haben bei den Haushaltsberatungen des letzten Jahres entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt. Ich mache keinen Hehl daraus, das wissen auch alle Anwesenden, dass ich große Sympathien und große Zuneigung für das IZW und Ihre Arbeit habe und deswegen wir auch mit der Prämisse, dass das IZW hier eine starke Rolle spielt, diese Gelder in den Haushalt eingestellt haben. Es gibt aber zugleich darüber hinaus sehr viele, sehr stark Engagierte in der Stadtgesellschaft, unter anderen bei dem Waschbärenthema, die auch heute freundlicherweise mit dabei sind und die in den letzten Wochen und Monaten,

glaube ich, wenn ich das so sagen darf, auch sehr umtriebig waren, wenn es darum geht, auch die Interessen mitzuvertreten.

Vor über zehn Jahren hatten wir hier schon Diskussionen um eine Wildvogelstation des NABU; auch da haben wir dann zum Beispiel schon finanziell gestärkt, aber es ist offensichtlich, dass es ein öffentliches Bedürfnis nach vielleicht noch klarerer Regelung, klareren Ansprechpartnern, die Frage, wer wann verfügbar ist und Ähnliches gibt. Deswegen freuen wir uns sehr, mit Ihnen gemeinsam in die Diskussion zu gehen, und wenn ich das gleich so offen sagen darf, natürlich auch mit dem Wunsch an die Senatsverwaltung orientiert, keine weitere Zeit verstreichen zu lassen, sondern auch mit den finanziellen Mitteln des Abgeordnetenhauses in diesem Jahr bereits die Fundamente zu legen, um dann auch ein entsprechendes Wildtierkompetenzzentrum aufbauen zu können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Ich würde davon ausgehen, dass wir TOP 4 c auch begründet haben, beziehungsweise dass das die antragstellenden Fraktionen getan haben. Ich sehe Kopfnicken, dann brauchen wir keine erneute Begründung. Dann würde ich dem Senat das Wort für eine einleitende Stellungnahme erteilen. – Frau Senatorin, Sie haben das Wort.

Senatorin Manja Schreiner (SenMVKU): Vielen Dank! – Die Richtlinien der Regierungspolitik sehen ja die Einrichtung eines Wildtierkompetenzzentrums und auch die Stärkung der Wildtierstation vor. Deswegen – da herrscht auch große Einigkeit – reagieren wir auch auf den gestiegenen Bedarf und auch auf das gewachsene Interesse auch in der Bevölkerung, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Das Leibniz-Institut für Zoo- und Wildtierforschung hat in den Jahren 2020 und 2021 eine Anschubfinanzierung durch die Senatskanzlei, damals aus dem Bereich Wissenschaft und Forschung, erhalten und hat ein Konzept für den Ausbau und die Neuorientierung der Feldforschungsstation in Niederfinow ausgearbeitet. Das ist zwischenzeitlich auch in einen Antrag für 2024/2025 gemündet, der sich auch in der Prüfung befindet. Wir haben dabei zu prüfen, dass es natürlich dem Auflagenbeschluss des Abgeordnetenhauses in Sachen Wildtierkompetenzzentrum entspricht und dass auch die bereits seit Jahren – das ist auch ein wesentlicher Teil davon – bestehende Akteure im Bereich Wildtierberatung und -pflege eingebunden werden und auch mit der Bezirksebene diskutiert und abgestimmt wird.

Das Ziel ist es, dass Doppelarbeiten vermieden werden sollen, auf der anderen Seite aber die Lücken, die bestehen und die wir in der Verwaltung auch identifiziert haben, behoben werden sollen. Das betrifft das Beratungsangebot, aber auch den Versorgungsbereich und vor allem auch die wissenschaftliche Unterstützung, Unterlegung durch geeignete Untersuchungen und methodische Herangehensweisen. Natürlich soll auch das Thema Erweiterung und Festigung des Netzwerkgedankens und der Verknüpfung der Akteure adressiert sein.

Aus meiner Sicht ist wichtig, dass wir die für die Wildtiere zur Verfügung gestellten Mittel allen wildlebenden Arten zur Verfügung stellen und deswegen auch alle Wildtierarten im Kompetenzzentrum adressieren. – So viel vielleicht zur kurzen Einleitung! Ich bin auch sehr gespannt, wie sich die Anzuhörenden heute positionieren. Ich freue mich immer, wenn wir wertvolle Hinweise mit auf den Weg bekommen. Ich bitte schon um Entschuldigung, dass ich mich leider in einer Viertelstunde verabschieden muss, aber die Hausleitung ist durch die Staatssekretärin und meinem versierten Mitarbeiter auch gut vertreten.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Senatorin Schreiner! – Wir kommen zur Anhörung zu TOP 4. Ich möchte nun den Anzuhörenden das Wort geben und Sie bitten, Ihre Stellungnahmen nach Möglichkeit auf fünf Minuten zu beschränken, damit im Anschluss die Möglichkeit besteht, die Fragen der Abgeordneten zu beantworten. Wir verfahren normalerweise hier in alphabetischer Reihenfolge, aber heute machen wir eine Ausnahme. Die Reihenfolge der Stellungnahme erfolgt so: Zuerst wird Frau Dr. Ortmann das Wort erteilt bekommen, dann Herr Prof. Dr. Hofer, dann Frau Carolin Weh und dann Frau Dr. Leininger. – Frau Ortmann, Sie haben das Wort, bitte!

Dr. Sylvia Ortmann (Leibniz-IZW): Vielen Dank! – Sehr geehrte Senatorin Schreiner! Sehr geehrte Staatssekretärin Behrendt! Sehr geehrter Herr Vorsitzender Altuğ! Liebe Abgeordnete! Ich bin relativ zuversichtlich, dass ich mich an die fünf Minuten halten kann, da einiges von dem, was ich sagen möchte, eigentlich von der Senatorin schon erwähnt wurde. Ich sage es trotzdem. Es freut uns sehr, dass wir die Gelegenheit bekommen, unsere Vision eines Wildtierkompetenzzentrums für Berlin vorstellen. Wir wissen, dass Sie sich alle schon ausgiebig mit der Problematik Wildtiere in Berlin auseinandergesetzt haben und sind sehr dankbar, dass Sie maßgeblich dazu beigetragen haben, dieses Zentrum in den Haushaltsverhandlungen zu berücksichtigen. Berlin ist ja berühmt für seine wilden Mitbewohner und für eine Metropolregion sehr hohen Biodiversität. Dieser Schatz bereichert, kann aber auch zu Konflikten führen. Wir alle sind in der Verantwortung für einen natur- und tierschutzgerechten Umgang mit den Wildtieren – Sie als Entscheider und wir als Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler.

Das IZW hat, wie schon erwähnt, in den vergangenen Jahren ein Konzept für ein wissenschaftsbasiertes Wildtierkompetenzzentrum entwickelt und dies unter Entscheiderinnen und Entscheidern aus der Politik und Verwaltung, den Verbänden und den Ehrenamtlichen beworben. Für diese Konzeptentwicklung wurden wir im Jahr 2020/2021 mit einer Projektförderung in Höhe von 300 000 Euro durch die Senatskanzlei, jetzt Senatsverwaltung für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, unterstützt. Eine Präsentation unseres Konzept, dass wir entwickelt haben, liegt Ihnen als Tischvorlage vor. Ich denke, das unterstützt die spätere Diskussion und erleichtert Ihnen, Fragen zu formulieren und rauscht nicht so schnell durch wie eine Powerpoint-Präsentation. Deshalb haben wir es Ihnen als Papierform präsentiert. Das Projekt ist schließlich sehr komplex und aufgrund der unterschiedlichen Teilaspekte anspruchsvoll.

Wir haben in einem ersten Schritt mit intensiven Gesprächen mit Stakeholdern und Entscheiderinnen und Entscheidern eine vorläufige Bedarfsanalyse durchgeführt und eine konservative Schätzung der notwendigen wildtierbezogenen Einsätze vorgenommen. Hier kommen wir auf eine Zahl von mindestens 20 000 Einsätzen pro Jahr. Zudem haben wir Handlungsfelder identifiziert, auf denen wir tätig werden wollen und Maßnahmen vorgeschlagen. Kernziel unsers Konzeptes ist es, eine Plattform zu generieren, die quasi aus einer Hand Bürgerinnen und Bürger entlastet und aufklärt, Ehrenamtliche unterstützt, fortbildet und wertschätzt, Wildtiere behandelt, pflegt und wieder auswildert sowie Auswilderungsmaßnahmen wissenschaftlich begleitet und Managementmethoden verbessert.

In der Umsetzung dieser Plattform spielt die Vernetzung aller im Wildtierschutz tätigen Stakeholdern eine wichtige Rolle. So wird das Vorhaben eher zu einem abgestimmten Netzwerk für Wildtiere. Wir haben erste Gespräche mit Verantwortlichen für bestehende Strukturen wie das NABU-Wildtiertelefon, die Poliklinik für kleine Haustiere des Fachbereichs Veterinärmedizin der Freien Universität Berlin und verschiedene ehrenamtliche Pflegestellen geführt, um vorhandene Kapazitäten wirksam zu nutzen, sinnvolle Verknüpfungen zu schaffen und Synergien zu generieren. Wesentliche Stärken unseres Ansatzes liegen in der räumlichen und inhaltlichen Nähe der beteiligten Strukturen, den kurzen Wegen und einer einheitlichen Kommunikation. Unsere Plattform fungiert quasi aus einer Hand als Beratungsstelle, Fortbildungsakademie, tierärztlicher Notdienst, Pflege- und Wiederauswilderungsstation und wissenschaftlicher Begleiter bei allen Fragen und Konflikten zum Thema Wildtiere.

Zur Erreichung der oben genannten Ziele stellt das IZW große Teile seiner Expertise und Infrastruktur, hier besonders die Klinik, die Wildtierstation und die Fortbildungsakademie, mit zur Verfügung. Außerdem erfüllt das IZW weitere essenzielle Voraussetzungen, um ein solches ambitioniertes Vorhaben umzusetzen. Wir sind gut vernetzt und zentral aufgestellt, verfügen über nachgewiesene wissenschaftliche und tierärztliche Expertise sowie langjährige Erfahrung in der Haltung und Pflege sensibler Säugetiere. Der Umgang mit Wildtieren in Not ist nicht trivial. Laut § 45 Bundesnaturschutzgesetz darf und kann der Mensch Wildtiere bis zur Freilassung in die Natur nach Wiederherstellung helfen. Wird also ein hilfebedürftiges Wildtier in der Natur aufgefunden, gibt es keine Verpflichtung, aber die Möglichkeit, ihm zu helfen, mit dem Ziel, es wieder auszuwildern. Der Mensch muss laut § 2 Tierschutzgesetz Wildtieren helfen, wenn er die Haltereigenschaft übernommen hat.

Aber wohin dann damit? – Den Handlungsempfehlungen zum Umgang mit heimischen Wildtieren der Tierärztlichen Hochschule Hannover ist zu entnehmen, dass laut Bundesnaturschutzgesetz jedes Bundesland geeignete Stellen bestimmen soll, an denen Wildtiere in Not abgegeben werden können. Dieser Auftrag wird in den Bundesländern jedoch unterschiedlich ausgelegt und umgesetzt. In Niedersachsen sind verschiedene Auffangstationen offiziell anerkannt und werden zum Teil vom Land finanziell bezuschusst. Das Saarland betreibt eine eigene Wildtierauffangstation für Säugetiere und unterstützt verschiedene Auffangstationen für Vögel. Schleswig-Holstein auf der anderen Seite zieht aus dem Bundesgesetz keine konkreten gesetzlichen Verpflichtungen des Landes, da die Einzelpersonen, welche das Wild an sich nimmt, selbst verantwortlich sei. In Baden-Württemberg werden in einigen Großstädten zur Beratung der Bevölkerung sogenannte Wildtierbeauftragte eingesetzt, welche als telefonischer Erstkontakt bei Fragen zu Wildtieren fungieren. In Hamburg und Bremen übernimmt das das Tierheim. In Bremen findet gerade eine Diskussion statt, eine Wildtierauffangstation zu gründen. Berlin setzt nun mit seiner Entscheidung, ein Wildtierkompetenzzentrum zu gründen, neue Maßstäbe und könnte zum Vorbild und zur Blaupause für andere Bundesländer werden. Wir denken uns: Lassen Sie uns das gemeinsam angehen! – Vielen Dank.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Ortmann! – Als Nächster ist Herr Prof. Dr. Hofer an der Reihe. – Bitte!

Dr. Heribert Hofer (Leibniz-IZW): Frau Dr. Ortmann ist bei uns federführend für die Entwicklung des Wildtierkompetenzzentrums, für das Konzept und seine mögliche Umsetzung seit vier Jahren verantwortlich. Deswegen hatte ich darum gebeten, dass sie für uns unser gemeinsam entwickeltes Konzept vorstellt. Worum es mir in meiner weiteren Vorstellung geht,

ist eine persönliche Anmerkung. Wir sind am IZW seit über 20 Jahren sehr erfahren im Umgang von Gesprächen mit Stakeholdern, in der Durchführung von Citizen-Science-Projekten und ähnlichen Aspekten, bei denen wir nicht nur Wissenschaftler in der Forschung beteiligen, sondern tatsächlich mit weiten Bevölkerungskreisen uns engagieren. Das ist etwas, was wir sehr ernst meinen.

Deswegen: Im Gesetzestext steht Wildtierkompetenzzentrum, aber in Wirklichkeit meinen wir, dass es um ein Wildtiernetzwerk Berlin geht. Wir schätzen die praktische Erfahrung, die die vielen Ehrenamtlichen haben, und deswegen ist es uns auch ein großes Bedürfnis, diese weiter zu vernetzen, insbesondere auch mit tiermedizinischer Unterstützung und Weiterbildung zu versorgen. Wir sind auch in der glücklichen Lage, dass wir demnächst einen Erweiterungsbau 3 bekommen. Das finden Sie auch übrigens in den Unterlagen, die wir Ihnen als Tischvorlage ausgeteilt haben, bei der wir mithilfe der Lotto-Stiftung ein Artenschutzforum entwickeln können. Dieses Artenschutzforum sehen wir ganz bewusst als eine zentrale Stelle, in der sich die an Naturschutz und Tierschutz interessierten Bevölkerungskreise in Berlin treffen können. Weil wir eine durch Steuergelder finanzierte Einrichtung sind, bedeutet das auch, dass alle möglichen Einrichtungen bei uns diese Möglichkeiten nutzen können und wir das dann auch in einem weiteren Zentrum entwickeln können. Deswegen haben wir dort auch die Möglichkeiten, Weiterbildungsoptionen und ähnliche Dinge vorzunehmen. – Das ist meine persönliche Ergänzung zu dem, was in unserem Konzept tatsächlich auch bei Ihnen in den Unterlagen zu finden ist.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Hofer! – Als Nächste ist Frau Carolin Weh an der Reihe. – Bitte!

Carolin Weh (WASCHBÄRatung): Ich werde es vermutlich nicht ganz in fünf Minuten schaffen, aber ich gebe mir Mühe. – Guten Tag! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier heute sprechen zu können! Ich werde jetzt versuchen, Ihnen in aller Kürze verständlich zu erklären, wie meiner Meinung nach ein sinnvolles und nachhaltiges, tierschutzkonformes Waschbärmanagement in Berlin aussehen könnte.

Über mich

- Biologin, Schwerpunkt Wildtierbiologie und Verhaltensökologie
- 3,5 Jahre wissenschaftliche Studie über Waschbären in Berlin (IZW)
- Seit 2021 selbstständig, Beratung Betroffener zu durch Waschbären verursachten Problemen
  - 2 Jahre im Auftrag der Senatsumweltverwaltung

WASCHBÄR VOR-ORT-BERATUNG BERLIN

WASCHBÄRATUNG

Dazu einmal kurz zu meinem Background: Ich bin Biologin, meine Schwerpunkte sind Wildtierbiologie und Verhaltensökologie. Ich habe circa dreieinhalb Jahre wissenschaftlich am Institut für Zoo- und Wildtierforschung gearbeitet und habe da eine wissenschaftliche Studie zu Waschbären in Berlin durchgeführt. Seit 2021 arbeite ich freiberuflich, und zwar berate ich Betroffene zu durch Waschbären verursachte Probleme. Das habe ich die ersten zwei Jahre auch im Auftrag der Senatsverwaltung getan, und zwar im Pilotprojekt der Waschbär Vor-Ort-Beratung. Letztes Jahr gab es dann noch kurz eine weitere Finanzierung über den NABU Berlin, aber inzwischen gibt es leider keine weitere Finanzierung mehr.

Bestandsdezimierung durch Jagd

Populationsmanagement

- Hohe Verlustraten
  → Vermehrte Fortpflanzung
  Kompensatorische Fertilität!
- Vergleichsstudie Kansas USA
- Staupeausbruch Müritz-Nationalpark

	Gebiet A	Gebiet B
Bestands-dezimierung	-52,5%	-26,5%
Jungtieranteil an Population	62%	28%
Trächtige Jährlingsfähen	38%	0%
Populations-dichte ein Jahr später	wie im Vorjahr	wie im Vorjahr

Robel & Barnes (1990)

Evidenzbasiertes Waschbärenmanagement sollte sich natürlich auf wissenschaftliche Fakten beziehen. Deswegen möchte ich Ihnen kurz erläutern, warum zum Beispiel die Jagd aus wissenschaftlicher Sicht kein geeignetes Mittel ist, um ein Populationsmanagement bei Waschbären durchzuführen. Waschbären können nämlich hohe Verlustraten durch eine vermehrte Fortpflanzung ausgleichen. Dazu gibt es inzwischen verschiedene wissenschaftliche Studien. Ich möchte Ihnen eine exemplarisch vorstellen. Das ist eine Vergleichsstudie, die bereits Ende der 1980er Jahre in Kansas durchgeführt wurde, von Robel und Barnes. Da wurden zwei Gebiete miteinander verglichen. In Gebiet A wurde bejagt und in Gebiet B nicht. Den Anteil an der Jungtiere an der Population können Sie auch sehen. Wenn bejagt wird, ist der natürlich generell immer höher, aber das Bemerkenswerte sind vor allem die trächtigen Jährlingsfähen. Waschbärweibchen werden zwar im ersten Jahr bereits geschlechtsreif, beteiligen sich aber unter normalen Bedingungen erst im zweiten Jahr an der Reproduktion. Wenn es nun aber einen enormen Bestandseinbruch gab, beteiligen sich bereits Jährlingsfähen an der Reproduktion. Dadurch kann die Waschbärpopulation innerhalb eines Jahres ihren Bestand wieder auf das ursprüngliche Maß auffüllen. Das Ganze nennt man kompensatorische Fertilität. Dazu gibt es auch Beobachtungen im Müritz-Nationalpark – kennen Sie vielleicht, Projekt Waschbär war da jahrelang wissenschaftlich tätig. Bei einem Staupeausbruch wurde die Population reduziert, und auch da konnte man sehen: Ein Jahr später gleiches Maß.

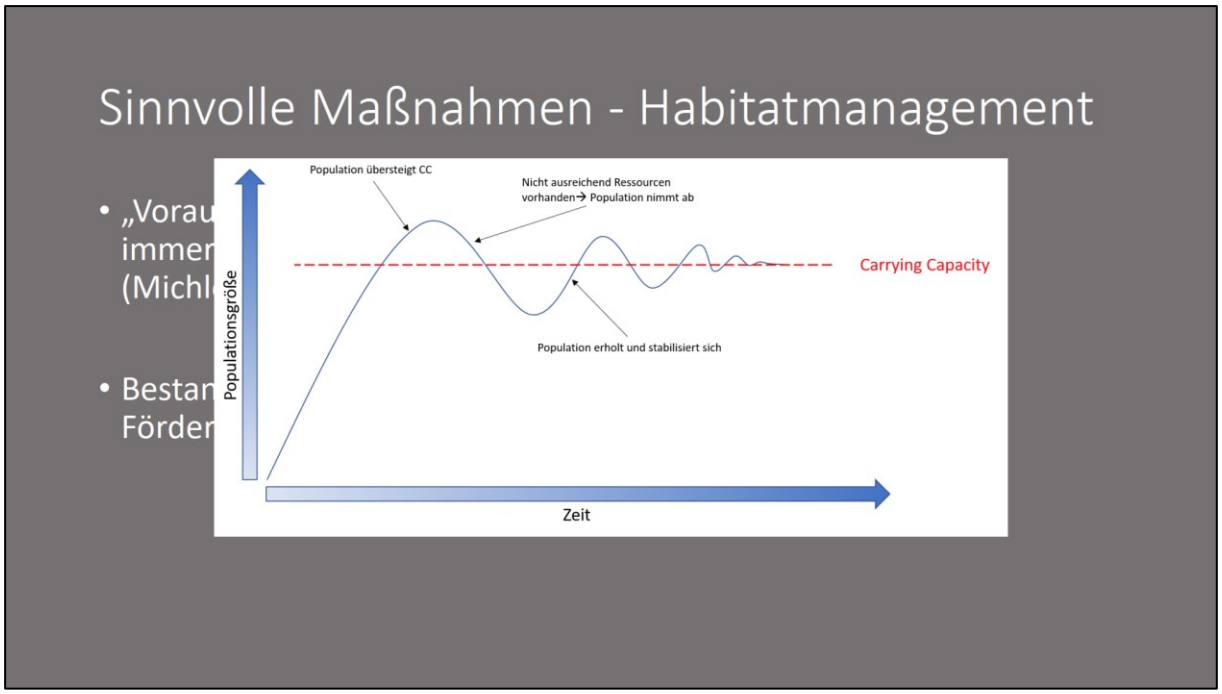
Bestandsdezimierung durch Jagd

Populationsmanagement

- IAS-VO: bereits weit verbreitete Arten lassen sich grundsätzlich nicht mehr aus den Ökosystemen beseitigen
- Letale Maßnahmen sind „nur unter besonderen Rahmenbedingungen sinnvoll“ (MMB Waschbär)
- Managementmaßnahmen unterliegen dem Grundsatz der **Erforderlichkeit** und **Verhältnismäßigkeit** (§ 40a Abs. 1 BNatSchG)
- Keinem Tier darf ohne vernünftigem Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden (§1 TierSchG)
- Es reicht nicht als „vernünftiger Grund“ aus, dass ein Tier als invasiv gelistet ist (Stellungnahme DJGT 02/2024)

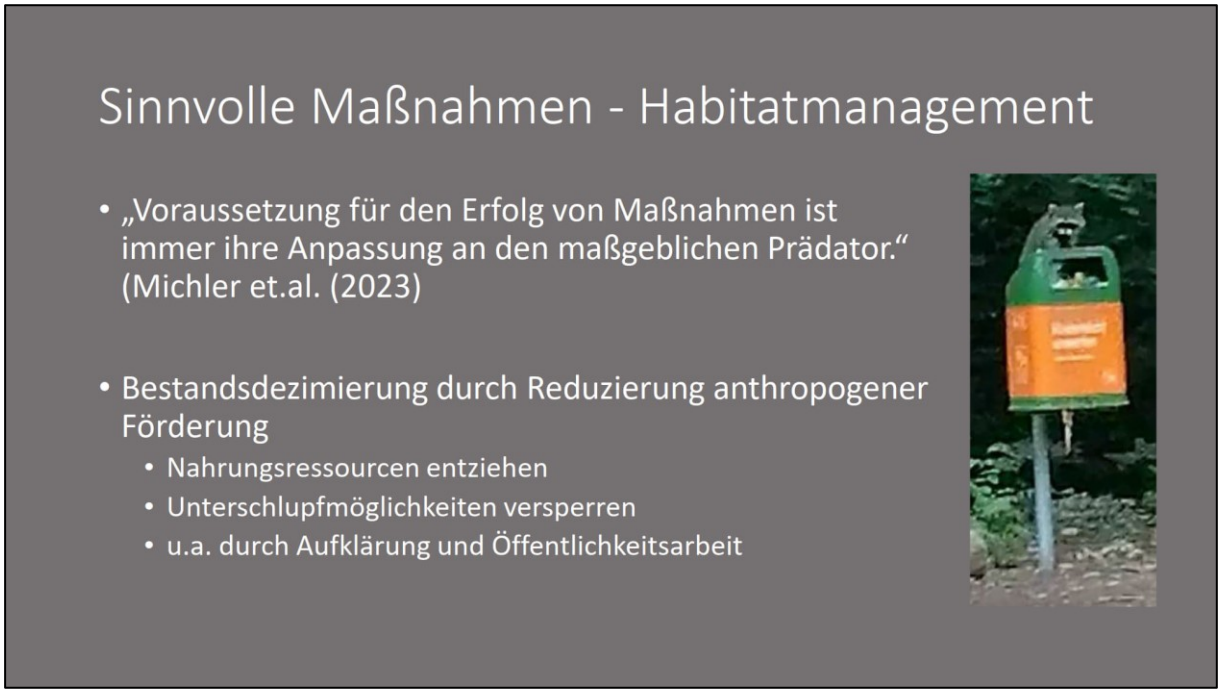
Neben den biologischen Faktoren, welche die Jagd als klar nicht zielführend begründet, gibt es aber auch noch die Frage nach der Zulässigkeit der Bejagung von Waschbären. Da steht zum Beispiel in der invasiven Artenschutzverordnung, dass bereits weit verbreitete Arten, zu denen der Waschbär gehört, sich grundsätzlich nicht mehr aus dem Ökosystem beseitigen lassen. Zudem sind letale Maßnahmen nur unter besonderen Rahmenbedingungen sinnvoll. So steht es im Management- und Maßnahmenblatt für den Waschbären. Alle Managementmaßnahmen unterliegen dem Grundsatz der Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit. Nach unserem Tierschutzgesetz darf keinem Tier ohne vernünftigen Grund ein Schaden zugefügt

werden, und der Tod ist der maximale Schaden, den man erreichen kann. Als vernünftiger Grund reicht nicht aus, dass ein Tier als invasiv gelistet ist. Das alles steht in einer sehr aktuellen Stellungnahme der Deutschen Juristischen Gesellschaft für Tierschutz von Ende Februar 2024. Ich habe Ihnen so ein paar Quellen und weiterführende Literatur auf die letzte Seite gelegt; da können Sie noch einmal nachgucken.



Was können wir nun aber irgendwie sinnvollerweise machen? Dazu möchte ich erst mal sagen, dass die Voraussetzung für den Erfolg von Maßnahmen immer ihre Anpassung an den maßgeblichen Prädator beziehungsweise immer an die Zielart ist. Das ist beim Waschbären vor allem, dass eine Bestandsdezimierung durch die Reduzierung anthropogener Förderung möglich ist, was unter anderem die Maßnahmennummer 7 aus dem Management- und Maßnahmenblatt ist.

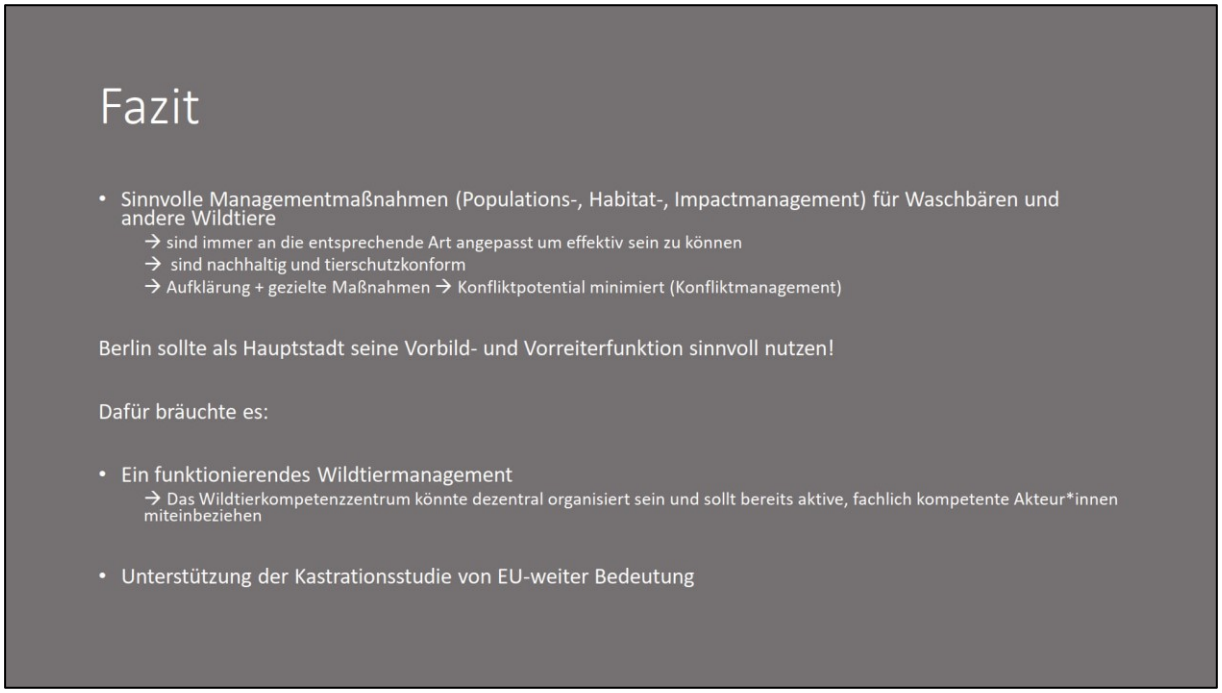
Einmal kurz zur Erläuterung: In der Grafik sehen Sie auf der Achse die Populationsgröße, die nach oben hin steigt und dann den Zeitverlauf. Die Population der Waschbären wächst also an und übersteigt irgendwann die sogenannte Carrying Capacity oder Tragfähigkeit eines Habitats. Jedes Habitat hat eine solche Tragfähigkeit für jede Tierart, die darin vorkommt. Mehr hält das Habitat nicht aus. Übersteigt nun also die Population diese Grenze, sind nicht ausreichend Ressourcen vorhanden, Krankheiten können sich schneller verbreiten, das heißt die Population nimmt wieder ab. Im Laufe der Zeit wird sich die Population auf dieser Höhe einpendeln. Auch das wurde im Müritz-Nationalpark tatsächlich beobachtet. In den ersten Jahren stieg die Populationszahl dort an, in den letzten drei Jahren der wissenschaftlichen Untersuchungen dort hielt sie einen konstanten Wert.



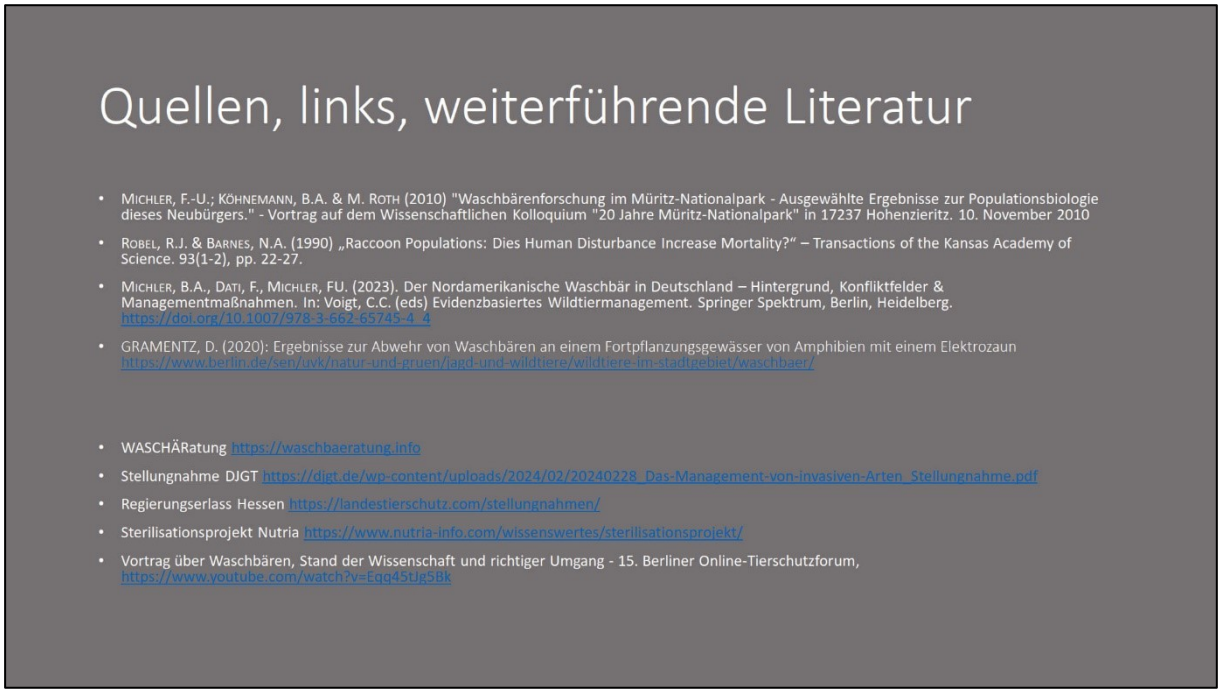
Was wir nun also machen müssen, ist diese Carrying Capacity runterdrücken, um die Populationsgröße nachhaltig beeinflussen zu können. Bei Waschbären müssen wir ihnen vor allem die Nahrungsressourcen entziehen – die Stadt ist nun einmal ein Schlaraffenland für Waschbären, sie finden überall Nahrung –, und wir müssen ihnen die Unterschlupfmöglichkeiten versperren. Dieses Bild habe ich zum Beispiel im Plänterwald aufgenommen. Die Stadt sollte sich überlegen, ob es sinnvoll wäre, wildtiersichere Mülleimer aufzustellen. Aber natürlich schafft die Stadt das nicht alleine, sondern sie ist auf die Mitwirkung der Berliner angewiesen, und das erreicht man vor allem durch Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit als auch eine praktische Hilfestellung.

Dann gibt es auch noch die Möglichkeiten des Impact Managements. Da geht es darum, den vermeintlich negativen Einfluss dieser Tiere auf das Ökosystem zu reduzieren. Das kann man vor allem durch zum Beispiel Elektrozäune um Amphibienlaichgewässer erreichen. Da hat es Herr Gramentz von der Herpetologischen Gesellschaft eine Untersuchung dazu gemacht, wie dieser Stromzaun zum Beispiel aussehen muss, damit Waschbären nicht mehr drüber kommen, aber Kröten im Huckepack noch unbeschadet unten durchgehen können. Er hat 100 Prozent der Waschbären vom Gewässer ausschließen können.

Zudem hat es sich bewährt, bei Horstbäumen zum Beispiel glatte Manschetten um die Bäume zu machen, dass die Tiere die nicht mehr erklettern können. Spezielle Nistkästen sind ebenfalls entwickelt worden, dass sämtliche Raubsäuger mindestens Probleme haben ranzukommen, wenn nicht sogar komplett verhindert werden kann, dass die Gelege ausgeräubert werden. Wie ich schon gesagt habe, praktische Hilfe für Betroffene ist da tatsächlich auch ein wichtiger Aspekt, der große Bedarf ist vorhanden; das kann ich Ihnen tatsächlich aus eigener Erfahrung sagen. Die Hoffnung ist natürlich, dass solche praktische Hilfe auch ein eigenmächtiges und leider dann häufig tierschutzwidriges Verhalten verhindern könnte.



So, das war jetzt viel; ich bin sehr schnell. Einmal noch kurz zur Zusammenfassung: sinnvolle Managementmaßnahmen, ob nun Populationshabitat oder Impact Management für Waschbären und andere Wildtiere müssen immer an die entsprechende Art angepasst sein, um effektiv sein zu können. Sie sollten nachhaltig und tierschutzkonform sein. Die Kombination von Aufklärung und gezielten Maßnahmen kann definitiv das Konfliktpotenzial minimieren. Und dann würde ich mir wünschen, dass Berlin als Hauptstadt seine Vorbild- und Vorreiterfunktion sinnvoll nutzen würde. Dafür bräuchte es endlich ein funktionierendes Wildtiermanagement. Meiner Meinung nach könnte das Wildtierkompetenzzentrum sehr gut auch dezentral organisiert sein und sollte dringend bereits aktive und fachlich kompetente Akteure mit einbeziehen. Dann wäre es natürlich gut, wenn die Kastrationsstudie, die hoffentlich durchgeführt wird, unterstützt wird. Das ist eine Studie von EU-weiter Bedeutung. Die Waschbär-vor-Ort-Beratung wurde bereits bundesweit als vorbildlich angesehen, und ich könnte mir gut vorstellen, dass die Unterstützung der Kastrationsstudie sicherlich auch auf EU-Ebene Zuspruch finden würde. – Damit bin ich am Ende. Hier sind die versprochenen Quellen und Links. Danke!



Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke Frau Weh! – Als Nächste ist Frau Dr. Leininger dran. Sie hat eine Präsentation. – Sie haben das Wort.

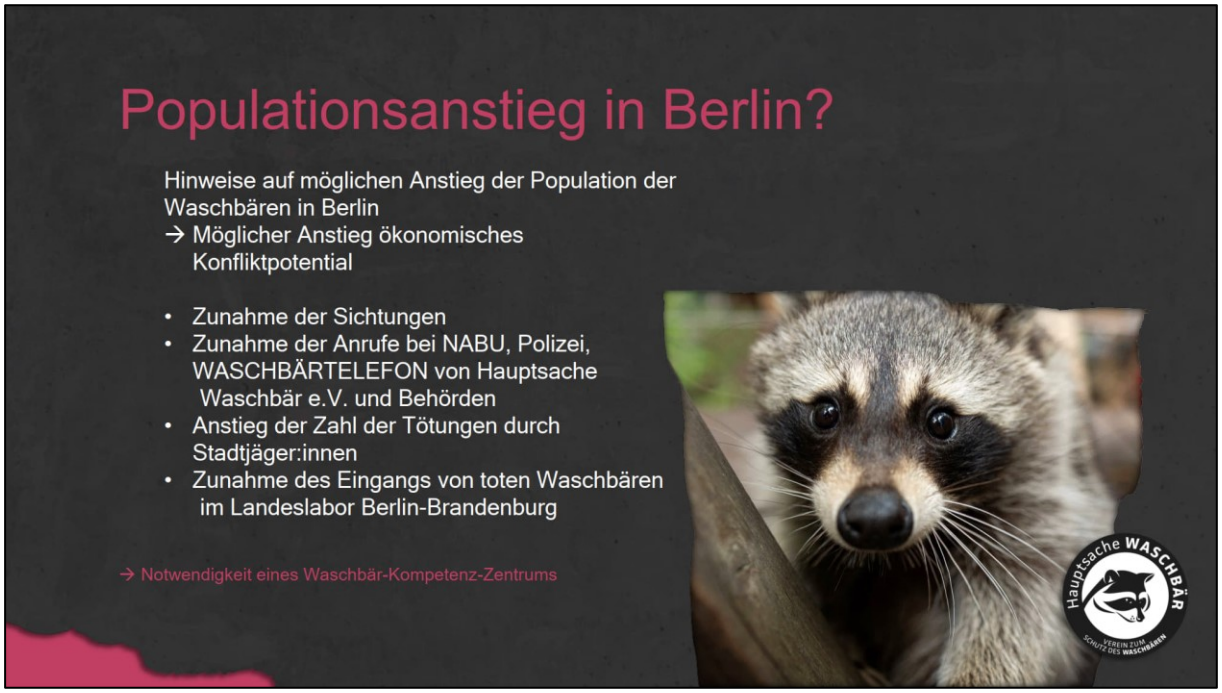
Dr. Mathilde Leininger (HAUPTSACHE WASCHBÄR e.V.): Vielen Dank, dass ich heute hier eingeladen wurde und dass ich die Arbeit des jungen, aber sehr kompetenten – kann ich inzwischen sagen – Vereins HAUPTSACHE WASCHBÄR vorstellen darf! – Frau Weh, unsere Vorrednerin, hat schon ein bisschen was über das Pilotprojekt gesagt. Das ist eines unserer Hauptthemen. Das zweite Thema ist ein Waschbärkompetenzzentrum, weil wir denken, dass die Idee eines Wildtierkompetenzzentrums unfassbar wichtig ist, aber Waschbären unserer Meinung nach gesondert zu behandeln sind, weil sie zum Beispiel nicht ausgewildert werden dürfen. Es gibt ganz andere Anforderungen an die Arbeit. Ich werde nachher noch ein bisschen etwas dazu sagen.

Zu meiner Person: Ich bin Mathilde Leininger, ich bin Tierärztin und arbeite seit inzwischen über 30 Jahren in der Kleintierpraxis mit Hunden und Katzen. Seit 2021 habe ich eine Tierarztpraxis für Waschbären, die ich führe. Ich habe über viele Jahre im Ausland Kastrationsprojekte für streunende Hunde und wilde Katzen konzipiert und geleitet, und da auch gesehen, dass das einen großen Sinn macht, wenn man diese Populationen kastriert. Man muss aber immer dabeibleiben, das heißt, es muss ein langfristiges Konzept sein. Daran arbeiten wir gerade. Ich bin Gründungsmitglied des Vereins HAUPTSACHE WASCHBÄR und auch die Erste Vorsitzende und habe zusammen mit Frau Weh die wissenschaftliche Studie des Pilotprojekts für Berlin „Kastration und Sterilisation der wilden Waschbären“ konzipiert. Ich hoffe, wir können sie bald umsetzen.

Den Verein Hauptsache Waschbär gibt es erst seit 2022, sehr jung, aber sehr aktiv. Wir sind gemeinnützig, und unser Ziel ist es, einen Beitrag zum Tierschutz zu leisten und auch, genauso wichtig, für ein besseres Zusammenleben von Mensch und Tier zu arbeiten. Das heißt, wir versorgen Tiere. Wir haben uns auf Waschbären fokussiert, weil das ein unfassbar umfangreiches Thema ist. Wir versorgen also Waschbären im Krankheitsfall, und wir geben gleichzeitig Bürgerinnen und Bürgern, die betroffen sind, die sich von Waschbären gestört, genervt oder auch geschädigt fühlen, Hilfe und praktische Unterstützung. Wir arbeiten sehr eng mit Frau Weh zusammen. Wir kriegen auch über unser eingerichtetes Waschbärtelefon jeden Tag sehr viele Anrufe und auch Anfragen. Wenn es um Vor-Ort-Beratung geht, gebe ich das an Frau Weh weiter. Für unsere Arbeit konnten wir im letzten Jahr den Deutschen Tierschutzpreis, Kategorie Wildtierhilfe, und auch den Berliner Tierschutzpreis 2023 entgegennehmen.

Die Handlungsstränge unseres Vereins sind – ich habe es schon kurz angesprochen – Aufklärung, Information, Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben in Berlin-Zehlendorf eine Begegnungsstätte eingerichtet und haben sehr viel Besuch von Bürgerinnen und Bürgern, Schulklassen, Lehrerinnen und Lehrern, Politikerinnen und Politikern und so weiter, viel Presse, die das Thema auch für uns sehr gut bekannt macht. Wir haben natürlich die ärztliche Versorgung in der Tierarztpraxis. Wir haben, weil es um Waschbären geht, die nicht wieder freigesetzt werden dürfen, weil sie als invasiv eingestuft sind, eine Auffangstation und einen Lebenshof erworben und gegründet und können dort Waschbären, die wir nicht an genehmigte Stellen vermitteln können, artgerecht unterbringen. Wir arbeiten sehr viel auf wissenschaftlicher Ebene. Wir haben inzwischen auch ein Fachliteraturarchiv angelegt. Das hat über 1 000 internationale und nationale wissenschaftliche Quellen zum Thema Waschbär. – Das Pilotprojekt und das Waschbärkompetenzzentrum habe ich schon erwähnt. Sie haben unser Konzept auf dem Tisch liegen.

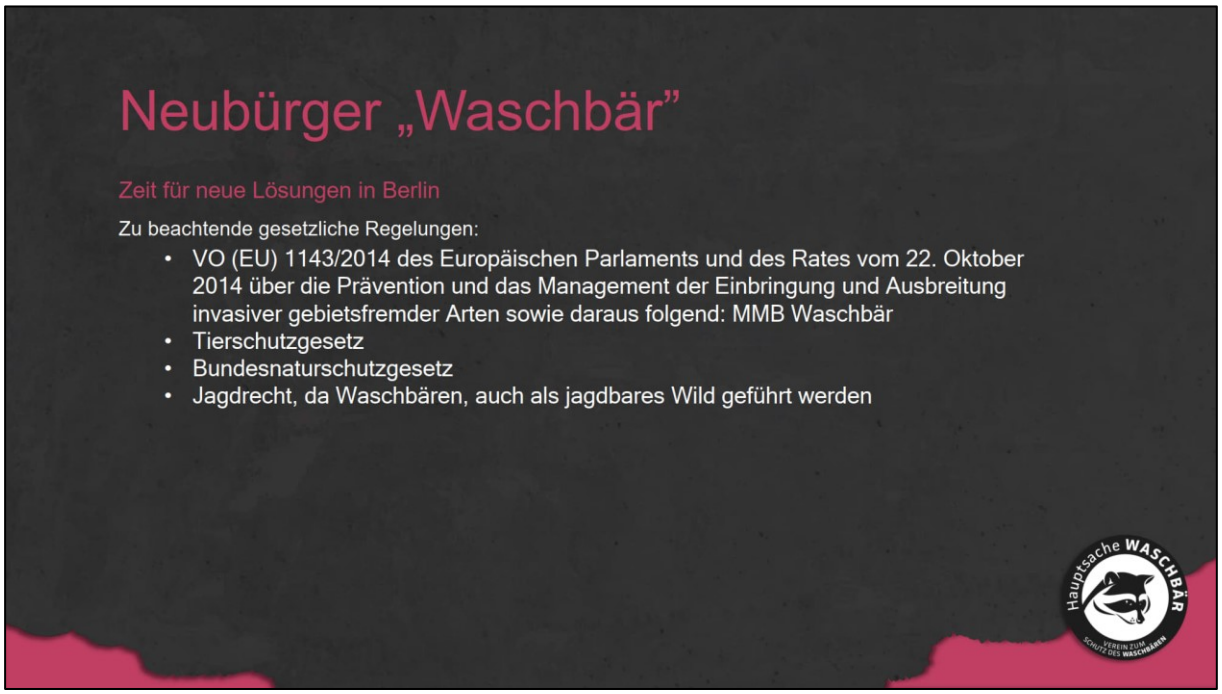
Kurze Zwischenbilanz, da will ich gar nicht viel drauf eingehen: Wie gesagt, es gibt uns erst zwei Jahre, aber wir haben im letzten Jahr schon über 180 Waschbären ärztlich versorgt. Wir haben über 480 telefonische Beratungen und 15 Rückführungen telefonisch gemacht. Das ist das oberste Thema bei Waschbärwelpen, darauf komme ich nachher noch kurz zurück. Die Rückführungsquote: Eine Mutter verlässt ihre Welpen. Die Berlinerinnen und Berliner denken: Oh, das ist ein hilfloses Tier, das muss ich gleich mal mit nach Hause nehmen. – Wir beraten, dass das auf keinen Fall der erste richtige Schritt ist, sondern dass man in 75 Prozent der Fälle das Tier der Mutter zurückführen kann. Wir machen das selbst auch. Wir haben dafür ein Team, die das machen. Wir beraten auch telefonisch, und das klappt sehr gut.



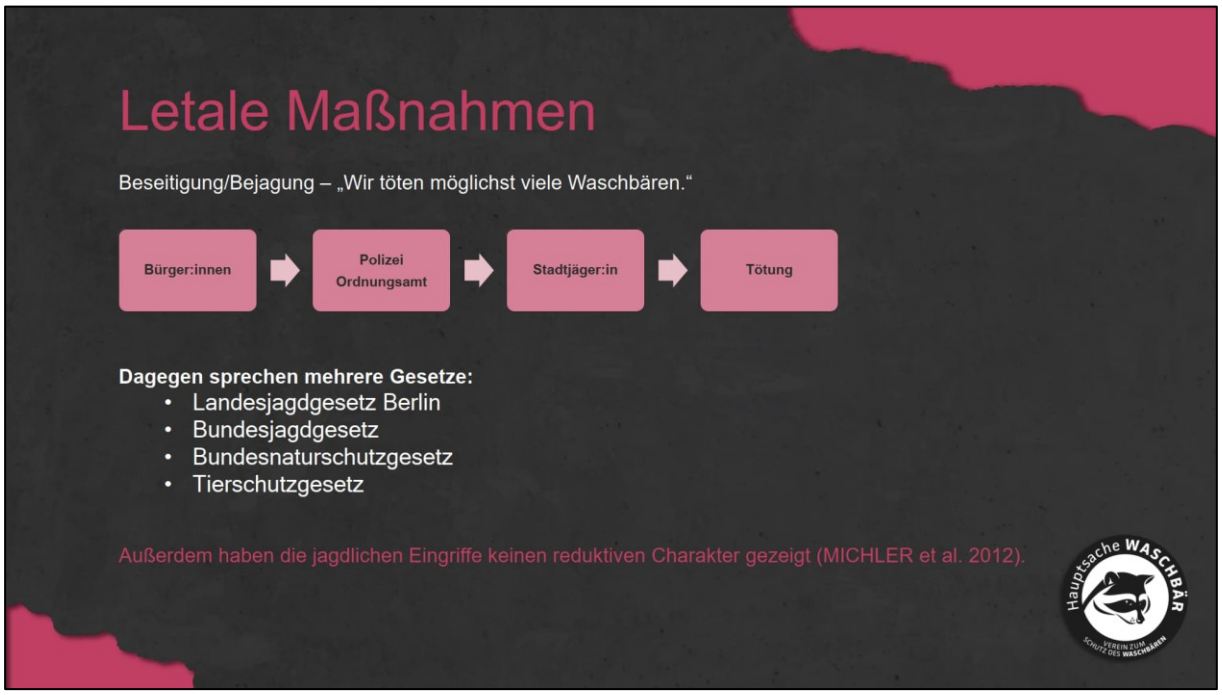
Es gibt Hinweise darauf, dass in Berlin die Population der Waschbären ansteigt und damit natürlich auch das ökonomische Konfliktpotenzial. Man könnte natürlich warten – Frau Weh hat es eben kurz angesprochen –, die Population wird sich auch von selbst regulieren, wenn wir ihr genug Zeit geben.

Das Problem ist aber, dass Berlin sehr dicht besiedelt ist und die Berliner Bürgerinnen und Bürger das nicht abwarten wollen und können. Das verstehen wir auch, und deswegen haben wir uns eine Lösung oder einen Vorschlag überlegt, wie wir mit unserem Neubürger Wasch-

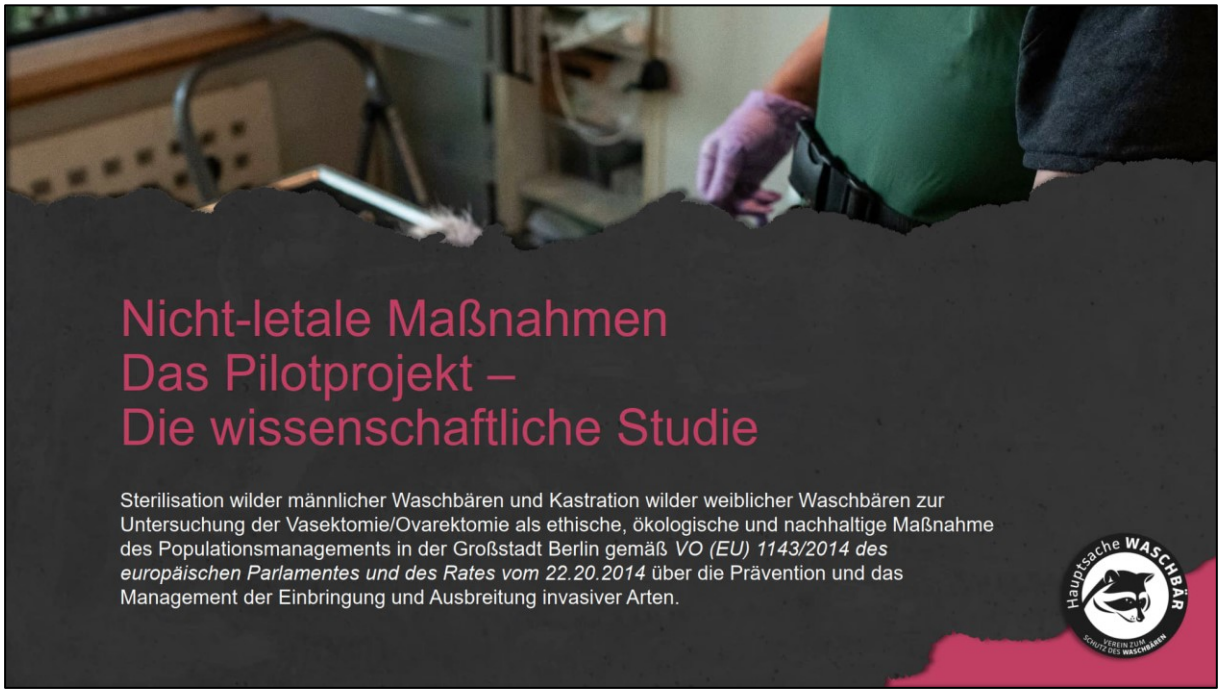
bär, den wir im letzten Jahrhundert wegen seines damals extrem wertvollen Pelzes aus Nordamerika importiert haben, umgehen können. Es ist, wie alle hier schon gesagt haben, wirklich die Zeit für neue Lösungen gekommen.



Dabei muss man für den Waschbären sehr viele gesetzliche Regelungen beachten. Zum einen natürlich die EU-Verordnung für invasive Arten, dann das Tierschutzgesetz, das Bundesnaturschutzgesetz und auch zu allem noch das Jagdrecht, weil der Waschbär auch jagdbares Wild ist.



Es gibt Möglichkeiten, eine Population zu managen. Es gibt letale Möglichkeiten, also tödliche, und nicht tödliche Möglichkeiten; Frau Weh hat es schon gesagt. Den nicht letalen Möglichkeiten ist bei Tieren wie dem Waschbären, die sich schon weit verbreitet und gut etabliert haben, der Vorzug zu geben. Die Gesetze hat sie auch erwähnt, in denen überall drinsteht, dass man das eigentlich nicht so gut machen kann. Trotzdem ist die tägliche Praxis leider in Berlin, dass Bürgerinnen und Bürger einen Waschbären finden, den sie für hilflos halten. Sie alarmieren Polizei und Ordnungsamt, die Polizei informiert den Stadtjäger, die Stadtjägerin, und der oder die kommt und tötet das Tier. Das hätten wir gerne anders.

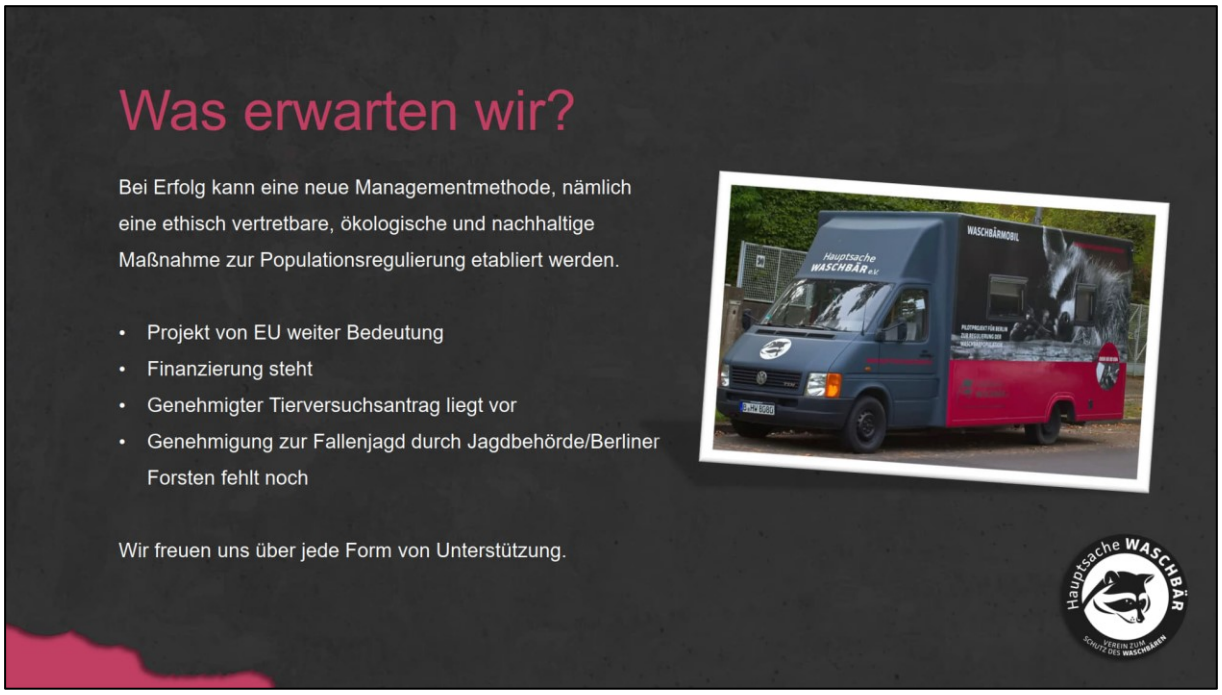


Wir haben eine nicht letale Maßnahme entwickelt, nämlich das Pilotprojekt für Berlin. Das ist als wissenschaftliche Studie angelegt. Es geht um die Sterilisation der wilden männlichen und die Kastration der wilden weiblichen Waschbären. Das hat medizinische Gründe, warum die einen sterilisiert, die anderen kastriert werden. Wir wollen untersuchen, ob das eine sinnvolle Methode ist, um die Population zu managen. Die ganzen gesetzlichen Vorgaben werden natürlich bedacht und eingehalten.

Die Vorstudie ist schon erfolgreich abgeschlossen worden. Sie wurde vom Senat, von der Berliner Tierschutzbeauftragten und dem Deutschen Tierschutzbund finanziell gefördert. Sie endete im Juli 2023 und hat die Bedingungen für die Durchführung der Hauptstudie geschaffen. Wir sind sehr zufrieden mit den Ergebnissen, und das Ergebnis liegt auch dem Senat vor.

Die Hauptstudie geht über fünf Jahre. Sie vergleicht in zwei vergleichbaren Projektgebieten die Wirkung der Kastration. Das heißt, wir haben zwei Gebiete. Das eine ist in Tegel, das andere in der Wuhlheide. Dort werden Tiere mit Lebendfallen speziell für Waschbären eingefangen, narkotisiert oder sediert, beprobt, also Blut entnommen, Haare entnommen, Speichelproben entnommen. Wir nehmen möglichst viel Untersuchungsmaterial, was dem Tier nicht schadet, damit wir möglichst viele wissenschaftliche Daten bekommen. Die Tiere werden markiert, gechipt, gewogen und alles Mögliche, es wird vor allem gezählt, und dann werden sie sofort wieder freigelassen. Das Ganze passiert auch in der Nacht, weil Waschbären nachtaktiv sind. Die gehen also wahrscheinlich nachts in die Fallen rein. Wir haben sogenannte Trapmaster, und das OP-Team, was dran ist, springt dann nachts in die Gummistiefel und in unser speziell umgebautes Kastrationsmobil. Da haben wir nachher noch ein schönes Foto, das ist ein voll ausgestatteter, mobiler OP. Dann werden die Tiere vor Ort behandelt und auch gleich wieder freigelassen.

Das Ganze geht über fünf Jahre, und wir rechnen damit, dass wir nach den weltweit positiven Erfahrungen mit der Populationskontrolle durch die Kastration bei Katzen, Hunden und auch bei Nutrias, die auch als invasiv eingestuft sind, mit dieser chirurgisch minimalinvasiven Unfruchtbarmachung einen zahlenmäßig feststellbaren Rückgang der Jungtiere haben werden. Das ist für uns das Indiz für die Stagnation oder Reduktion der Populationszahlen.



Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Entschuldigen Sie, Frau Dr. Laininger! Würden Sie bitte zum Schluss kommen?

Dr. Mathilde Laininger (HAUPTSACHE WASCHBÄR e.V.): Ich habe noch einen Satz! – Bei Erfolg, und das ist das Wichtige für uns: Die EU fordert die Entwicklung von Managementmaßnahmen, und zwar von nicht letalen. Das heißt, dieses Projekt ist nicht nur von EU-weiter Bedeutung, sondern es erfüllt eine EU-Forderung Die Finanzierung steht, der genehmigte Tierversuchsantrag liegt vor, alle Bedingungen sind erfüllt. Das Einzige was uns noch fehlt, ist die Erlaubnis der Jagdbehörde beziehungsweise Berliner Forsten, die Fallen aufstellen zu dürfen. Wir bitten sehr, falls es irgendwie möglich ist, um Unterstützung, damit wir im August dieses Projekt starten können. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke schön, Frau Dr. Laininger! Sie waren bei elf Minuten. Deshalb musste ich einschreiten. – [Dr. Mathilde Laininger: Es tut mir leid!] – Kein Problem! Sie werden Gelegenheit haben, die Fragen der Ausschussmitglieder zu beantworten; dann werden Sie wieder das Wort ergreifen. – Ich habe hier eine Redeliste: Frau Gennburg, Frau Tomiak, Herr Bertram. – Frau Gennburg, Sie haben das Wort.

Katalin Gennburg (LINKE): Vielen Dank auf jeden Fall an die Anzuhörenden für diese eindrücklichen Schilderungen! Ich glaube, die Tatsache, dass Sie schon mit dem deutschen Tierschutzpreis ausgezeichnet wurden, kann auf jeden Fall zur Glaubwürdigkeit einen großen Beitrag leisten. Ich selbst hatte schon die große Freude, bei Ihnen in der Tierarztpraxis zugegen zu sein und so einen Waschbären auf den Arm gesetzt zu bekommen, und muss sagen, dass die Frage, wie mit diesen Tieren in der Stadt umgegangen wird, mich erst seitdem auch wirklich beschäftigt. Vielleicht können Sie noch einmal Auskunft darüber geben, wie momentan die Situation und die Rechtslage ist, was konkret im Raum steht, auch an Themen, die Rechtsänderungen betreffen. Es geht ganz konkret um die Frage, ob diese Tiere wieder zum Abschuss freigegeben werden, wie sich das in anderen Bundesländern verhält. Ich glaube, das wäre wichtig, hier Klarheit herzustellen, auch über die Debatte, die Sie vernehmen, wie sie gerade politisch von der regierenden Koalition geführt wird.

Ich hätte auch die Frage an Sie: Können Sie noch einmal darstellen, warum das ein Problem ist, wie bisher mit den Tieren umgegangen wird? Es gibt, soweit ich das bei dem Besuch bei Ihnen in der Tierarztpraxis verstanden habe, einen ganz konkreten Grund, warum dieser Fallenfang jetzt schon ein Problem darstellt, weil, soweit ich mich erinnere, die Tiere fast blind sind und ihre Ärmchen brauchen, um sich zu orientieren und mit den Händen sehr viel machen. Sie sind beeindruckenderweise sogar in der Lage, Gläser aufzuschrauben. Der Fallenfang ist auch deswegen ein Problem. Vielleicht können Sie dazu auch noch einmal Auskunft geben. – Ansonsten wäre meine Frage: Welche Unterstützung erfahren Sie sonst aus dem politischen Raum für Ihre Arbeit an dem Thema? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke Frau Gennburg! – Frau Tomiak, bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank auch an alle Anzuhörenden für die Ausführungen bisher! Wir haben auch einige Nachfragen. Ganz grundsätzlich glaube ich, ist es beim ganzen Thema Wildtiere wichtig, noch einmal festzustellen, dass es in Berlin sehr viele gibt. Sie sind da. Die Füchse sieht man, die Biber sieht man, die Waschbären sieht man, die Greifvögel sieht man, aber es gibt natürlich auch ein hohes Konfliktpotenzial, sowohl was rund um die Parks stattfindet, am eigenen Haus, am Garten, aber natürlich auch irgendwie Fälle, wo sich Menschen selbstständig ermächtigen – es gab ja vor ein paar Jahren den er-

schlagenen Biber in Marzahn-Hellersdorf, Greifvögel, die geschossen worden sind. Es gibt immer wieder Fälle, wo sich Menschen selbstständig ermächtigen und gegen die Wildtiere vorgehen. Ich glaube, eine der wichtigsten und nachhaltigsten Maßnahmen, wie man damit umgehen kann, ist, die Berliner mit Wissen und irgendwie auch mit Handhabungsmöglichkeiten, an wen sie sich wenden können, zu befähigen, dass sie nicht zu solchen Mitteln greifen zu müssen. So etwas auch wirklich zu ahnden, ist, glaube ich, sehr wichtig. Deshalb freue ich mich, dass wir heute darüber sprechen.

Eine der Fragen, die uns jetzt ganz konkret gekommen sind, ist – das wurde von der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion gesagt –, dass Mittel für das Wildtierkompetenzzentrum eingestellt worden sind. Ich meine, dass unser Berichtsauftrag damals ergeben hat, dass zu dem Zeitpunkt, als der Berichtsauftrag für den Haushalt gemacht wurde, noch keine Mittel eingestellt worden waren.

Daher jetzt die Frage: Vielleicht könnte noch einmal dargelegt werden, welche Mittel in welchen Zeiträumen genau vorgesehen sind. Was soll davon finanziert werden? Der eine Änderungsantrag, den wir gemeinsam durchbekommen haben, war, dass nicht nur zum Thema Monitoring, sondern auch zur Erforschung von Wildtieren Mittel ausgegeben werden können. Das war der einzige Änderungsantrag im Haushalt, den wir durchbekommen haben. Deshalb ist das auch ein Zeichen dafür, dass wir gemeinsam hier ein Anliegen haben und eigentlich an einer Seite stehen.

Jetzt wurde schon das Thema angesprochen, wie man die Stadt fit machen kann; beim Thema Waschbär wurden beispielsweise die Mülleimer angesprochen, also die bärensicheren Mülleimer. Daher auch die Frage, ob es schon Kooperationen beispielsweise mit der BSR gibt. Was passiert da? Welche Themen werden gerade aufgenommen? Gibt es schon Ideen, wie man damit umgehen kann? Ganz grundsätzlich ist es so, dass es viel Unmut der Berliner/-innen gegenüber Müll in Parks gibt. Ein Thema ist da eben auch der Waschbär, der die Mülleimer ausräumt und die nach dem Essen nicht wieder ordentlich einräumt, wie man sich das vielleicht wünschen würde. – [Zuruf] – Die Menschen teilweise auch nicht, genau!

Die ganzen Ehrenamtlichen wurden auch schon angesprochen. Es gibt viele Menschen in dieser Stadt, die sich um Wildtiere kümmern, die, wenn sie ein verletztes Wildtier finden, sich auch einbringen und Verantwortung übernehmen wollen. Die Frage ist natürlich, wie das Wildtierkompetenzzentrum auch die Ehrenamtlichen unterstützen und gemeinsam einbinden kann. Das Thema Dezentralität versus zentral organisiert wurde schon angesprochen. Vielleicht könnten da noch einmal berichtet werden, was da vorgesehen ist. – Dabei will ich es erst einmal belassen. Vielen Dank! Ich freue mich auf den Bericht!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Tomiak! – Auf der Liste sind Herr Bertram und Frau Vierecke. – Herr Bertram, bitte!

Alexander Bertram (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von meiner Seite vielen Dank an die Anzuhörenden für die interessanten Ausführungen und natürlich auch für Ihr Engagement in dem Bereich! Ich teile auch vollumfänglich Ihre Einschätzung, dass das Töten des Tieres eigentlich nur die letzte Lösung – in Anführungszeichen – sein kann und alle anderen Maßnahmen vorher ausgeschöpft sein müssen. Ich hätte noch zwei, drei kleine Fragen, die eine ist zur tierärztlichen Behandlung: Das sind wirklich beeindruckende Zahlen, die Sie gezeigt haben. Da würde mich interessieren, was da der übliche Weg wäre. Wie erreicht Sie so ein Tier? Ich habe es kurz in der Broschüre ein bisschen gelesen. Ist der Normalfall, dass das verletzte Tier zu Ihnen in die Praxis gebracht wird oder müssen Sie eher rausfahren und die Tiere abholen? Ist das mit Ihren Mitteln, die Sie aktuell haben, möglich oder welche Unterstützung würden Sie sich in dem Bereich wünschen, was die Transportwege des Tieres in die Praxis angeht? Das würde mich interessieren.

Dann haben Sie noch gesagt, dass aktuell noch eine Genehmigung der Berliner Forsten fehlt. Da würde mich interessieren – vielleicht kann das auch eher der Senat beantworten –, welche Genehmigung das ist, und woran es konkret liegt, dass diese Genehmigung noch nicht erteilt wurde. Das ist, finde ich, die spannendste Frage in dem Zusammenhang, woran es hakt, aber ich glaube, wir sind und uns ziemlich alle einig, dass das doch ein sehr unterstützenswertes Projekt ist.

Eine ganz allgemeine Frage an die Anzuhörenden, was die Information der Menschen in der Stadt angeht. Ich teile auch die Einschätzung, dass das wahrscheinlich das wichtigste Anliegen überhaupt ist, dass für den Umgang mit den Waschbären ein Bewusstsein in der Berliner Bevölkerung geschaffen wird. Da würde mich interessieren, wie die Informationen in dem Bereich von Ihrer Seite verbreitet werden und was man in dem Bereich noch machen kann und welche Unterstützung Sie sich vielleicht vonseiten des Senats oder von uns wünschen würden. – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Bertram! – Frau Vierecke, Sie haben das Wort!

Linda Vierecke (SPD): Vielen Dank für Ihre interessanten Ausführungen! Ich habe auch nur einige kleine Nachfragen; vieles ist schon gefallen. Der Punkt mit der Öffentlichkeitsarbeit ist, glaube ich, ein wichtiger, weil der normale Berliner, die normale Berlinerin den Waschbären in einem Moment trifft, und das ist es gut, wenn man schon ein bisschen vorbereitet ist. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen. Wir haben uns schon ein bisschen über ein zukünftiges Wildtierkompetenzzentrum Gedanken gemacht, was da enthalten sein soll: Eine Wildtierhotline ist im Gespräch, Einsatzteam mit Ambulanzfahrzeugen, eine Wildtierfundbox, wo Bürger/-innen Wildtiere abgeben können. Dazu hätte ich gerne Ihre Einschätzung, wie das funktionieren kann. Auch die Wildtierstationen, veterinärmedizinische Versorgung an dieser Stelle und eben die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit gehören dazu. Das ist ja die Idee, das ein bisschen größer zu machen.

Mich interessiert aber vor allem auch der Punkt der Zusammenarbeit. Es gibt bestehende super Angebote, das Wildtiertelefon des NABU – ich will jetzt gar nicht alle nennen –, aber natürlich auch Sie. Darauf will ich kurz eingehen. Das muss am Ende gut funktionieren: Was wünschen Sie sich da, dass das bestmöglich in sich greift, dass wir da etwas auf den Weg bringen und auch Geld in die Hand nehmen? Realistisch gesehen wird es das Wildtierkompetenzzentrum erst einmal geben; was mit dem Waschbärkompetenzzentrum ist, steht wieder auf einem anderen Blatt Papier. Deswegen würde ich sagen, dass wir mit dem arbeiten, was da ist. Was wäre von Ihrer Warte aus wichtig? Vielleicht auch in Richtung Waschbärexpertinnen: Was ist diesbezüglich wichtig, um den Waschbären gut zu integrieren? – Danke schön!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Vierecke!

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Ich würde jetzt meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Grünen wechseln und hätte ein paar kurze Fragen bezüglich des Wildtierkompetenzzentrums. Wir hatten mit Frau Dr. Ortmann, als wir regiert haben, einige Gespräche über dieses Vorhaben geführt. Dazu habe ich zwei Fragen: In Ihrer Präsentation steht, dass eine Konzeptentwicklung stattgefunden hat. Mich würde interessieren, wie Sie die bestehende Strukturen miteinbeziehen würden – Frau Vierecke hat das kurz angedeutet –, sei es Kleintierklinik, Wildvogelstation et cetera. Gab es Gespräche mit diesen Akteurinnen und Akteuren? Das würde mich interessieren. Die dritte Frage wäre: Sie sind in Brandenburg angesiedelt, Wildtierstation Niederfinow. Gab es Gespräche mit dem Land Brandenburg, ob es nicht doch ein gemeinsames Projekt wäre? Wird dieses Zentrum in Berlin oder in Brandenburg gegründet? Das ist mir aus der Präsentation nicht klar geworden. Das waren meine Fragen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich wechsle wieder meine Rolle zum Ausschussvorsitzenden. Ich schaue auf die Redeliste und sehe, dass sich Herr Freymark von der CDU-Fraktion gemeldet hat. – Sie haben das Wort.

Danny Freymark (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Es kann sein, dass sich die eine oder andere Frage doppelt, aber ich musste kurz raus. Die Präsentation und überhaupt die Diskussion darüber finde ich sehr wichtig, ich bin erst einmal sehr dankbar dafür. Was mich

ganz konkret interessiert: Wenn es so käme, dass das Wildtierkompetenzzentrum beim IZW angesiedelt ist, ist das Waschbärenthema Ihnen – wenn ich sagen würde: genauso wichtig wie den zwei Damen, wäre das wahrscheinlich nicht möglich, weil es Ihnen zwei außergewöhnlich wichtig ist, das weiß ich – aber ist es denkbar, dass Sie für das Thema der Waschbären einen besonderen Rahmen schaffen? Ist es unangemessen, das zu fordern, weil es ganz viele unterschiedliche invasive Arten gibt, die uns Kummer bereiten und die vielleicht in einem ähnlichen Umfang Berücksichtigung finden müssten? Das werte ich gar nicht, sondern da will ich wirklich gerne Ihre Expertise in Anspruch nehmen. Ich will darauf verweisen, dass wir im Land Berlin seit längerer Zeit eine sehr intensive Debatte um das Thema Taubenmanagement zum Beispiel haben, auch da haben wir als Koalition finanzielle Mittel bereitgestellt. Ich kann jetzt den Mittelabfluss gar nicht beurteilen, aber ich weiß, dass es zum Beispiel kaum Taubenschläge gibt, also eigentlich gar keine, dass das aber als eines der wesentlichen Mittel empfunden wird.

Jetzt habe ich Frau Weh zum Beispiel so verstanden und fand auch den Beitrag sehr gut, dass Sie sagen: Wie bekommen wir die Population auf ein Level organisiert, wo sie vielleicht nicht ganz so bedrohlich für Amphibien, Kröten und Ähnliches ist? – Trotzdem werden wir den Waschbären nicht mehr aus Berlin rausbekommen. Das ist eigentlich ziemlich klar, aber ich bin jetzt natürlich nicht so ein Waschbärexperte wie Sie, maße mir das auch nicht. Das ist aber schon eine spannende Frage, wie wir stadtpolitisch und stadtgesellschaftlich zu dem Ergebnis kommen, dass die Waschbärpopulation zurückgedrängt wird, und da haben Sie Maßnahmen genannt. Da würde mich seitens des Senats interessieren, ob das für Sie im gleichen Range ein Thema ist, wie wir das zum Beispiel in letzten Jahren bei den Tauben diskutiert haben.

Abschließend: Was sind denn die nächsten Schritte, damit wir nicht in einem Jahr in gleicher Konstellation beisammensitzen und sagen: Mensch, wir haben uns so viel vorgenommen, aber das hat sich dann doch irgendwie alles hinausgezögert. –? Was ist der nächste Schritt, um das Wildtierkompetenzzentrum zu starten und all das, was hier niedergelegt und diskutiert wurde, auch in der Praxis kennenlernen zu dürfen? – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Freymark! – Gibt es weitere Wortmeldungen der Ausschussmitglieder? – Das ist nicht der Fall. Dann werde ich das Wort an unsere Anzuhörenden erteilen. Dieses Mal ändern wir die Reihenfolge. Dieses Mal kann Frau Dr. Laininger anfangen. Es gab die eine oder andere Frage, die Ihren Redebeitrag betreffen. – Bitte!

Dr. Mathilde Laininger (HAUPTSACHE WASCHBÄR e.V.): Die erste Frage, glaube ich, von Frau Gennburg, war die Bitte, etwas zu dem Fallenfang zu sagen. Laut Bundesjagdgesetz dürfen Fallen nur dann eingesetzt werden, wenn sie absolut zuverlässig sofort töten, bei Tötungsfallen, oder dem Tier kein Leiden zufügen. Das trifft für Waschbären prinzipiell nicht zu. Jeder Waschbär, der in eine Falle geht, leidet, vor allem in einer Metallfalle, die normalerweise benutzt werden. Er sieht den Ausweg, der kämpft um sein Leben, der reißt sich die Krallen ein, der beißt sich die Zähne aus, der bringt sich da drin um. Deswegen ist der Fallenfang an sich mit diesen herkömmlichen Fallen schon tierschutzwidrig und auch jagdgesetzwidrig. Wenn in Berlin der Fallenfang wieder eingeführt werden sollte, was ich ganz schrecklich finden würde, würde es die Waschbären am härtesten treffen. Wahrscheinlich wäre das auch die Zielgruppe. Das muss man sich überlegen. Das wäre einerseits wie ausgeführt tier-

schutzwidrig, jagdgesetzwidrig, und das würde auch, das hat Frau Weh ganz deutlich gesagt, letztendlich nicht zu einer Verminderung der Population führen. Wo ich einen Waschbären wegnehme, kommt sofort ein anderer hin und nimmt dieses Habitat auf. Die Maßnahmen für die Bürger/-innen, Waschbären loszuwerden, Vergrämungs- und Sicherungsmaßnahmen am Haus und im Garten, sind in der Regel einfach und gar nicht so kostenintensiv. Deswegen muss man aufklären, aufklären, aufklären.

Wir machen das zum Beispiel in unserer Begegnungsstätte – um auf Ihre Frage zu antworten. Wir haben jede Woche mindestens vier, fünf, sechs Termine mit ganz verschiedenen Leute; wir nennen das Meet & Greet. Die Leute kommen, die können die Waschbären kennenlernen, das ist der Aufhänger. Was dahinter steht, ist, dass wir aufklären können, wir können sagen: Leute füttert die nicht! Das ist das Todesurteil, wenn ihr das macht –, wir gehen in Schulen, wir gehen in Lehrerkonferenzen, wir haben sehr viel Presse bei uns. Gestern war ein Reporter von der taz da, nächste Woche kommt der Tagesspiegel. Das ist unsere Form von Öffentlichkeitsarbeit. Wir haben ein Waschbärtelefon eingerichtet, ähnlich wie das Wildtiertelefon vom NABU. Das haben wir deswegen eingerichtet, weil die Auskunft der NABU-Mitarbeiter, wenn es um Waschbären geht, in der Regel ist: Lasst die liegen, das ist Natur! –, oder: Ruft den Jäger! Wir dürfen die nicht aufnehmen. Ihr dürft die auch nicht zum Tierarzt bringen –, und das ist leider auch falsch. Da klären wir auch auf.

Wir haben ein Ambulanzfahrzeug, wir haben übrigens jetzt schon ein vollausgestattetes Waschbärkompetenzzentrum. Weswegen wir diesen Antrag stellen: Wir wollen das einfach auf größere Füße stellen, aber das, was wir seit zwei Jahren machen – wir sind eine recht große Gruppe von Experten, sage ich mal –, ist genau das Waschbärkompetenzzentrum. Wir können uns sehr gut vorstellen, mit dem IZW zusammenzuarbeiten, aber als Externe. Die Waschbären gehören nicht ein Wildtierkompetenzzentrum, das habe ich eben kurz gesagt. Die sind so eigen, das ist alles so schwierig. Der Hauptpunkt ist, dass sie langfristig untergebracht werden müssen. Das widerspricht dem, was ein Wildtierkompetenzzentrum macht. Das geht auf Artenschutz und Wiederauswilderung.

Woran das liegt, dass wir die Genehmigung nicht bekommen: Das wüsste ich auch gerne. Das Ganze zieht sich jetzt schon seit über zwei Jahren. Die Jagdbehörde hat mir damals die Auskunft gegeben, dass ich einen Jagdschein und einen Fallenfangschein brauche, wir brauchen ein Tierversuchsantrag, und der muss genehmigt sein, und dann bekommen wir natürlich diese Erlaubnis. In anderen Fällen – zum Beispiel in der Arbeit von Frau Weh oder vielleicht auch anderen Arbeiten vom IZW, das weiß ich jetzt nicht genau, ob es da noch mehr Forschung zum Waschbären gab – lief das völlig problemlos. Was uns fehlt, ist die Genehmigung, die Fallen aufzustellen, weil das eine Sonderform der Jagd ist, da ich aber inzwischen Jägerin bin, bin ich ausgebildet, das machen zu dürfen. Dieser Zettel fehlt uns noch.

Wie kommen die Tiere zu uns? Das war auch noch eine Frage von Ihnen. Wir arbeiten inzwischen sehr viel mit der Polizei zusammen. Es werden immer mehr Abschnitte, die uns zu jeder Tages- und Nachtzeit anrufen. Wir sind immer erreichbar – fast immer. Dann bringen die uns die Tiere, oder wir holen sie ab, oder manchmal bringen sie auch Privatpersonen, die sie gefunden haben. Meistens ist es die Polizei, oder wir fahren hin und holen sie ab, oder wir haben in Berlin verteilt unsere Mitglieder. Da hat jeder irgendwie ein Gebiet, was er pfarrmäßig bearbeitet.

Mit der FU-Klinik, mit Frau Dr. Müller, die die Wildtierabteilung leitet, haben wir auch Gespräche geführt, weil ich dachte, dass das ganz günstig wäre, wir sind nämlich in Zehlendorf direkt um die Ecke. Sie meinte, dass die Universitätsklinik sowieso ganz andere Probleme hat, aber wir haben einen Waschbären von ihr bekommen. Da sie Kerstin heißt, heißt der Waschbär auch Kerstin. – Ich glaube, das waren die Fragen. Das war das, was ich sagen wollte.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Laininger! – Als Nächste hat Frau Weh das Wort. – Frau Weh, bitte!

Carolin Weh (WASCHBÄRatung): Ich hoffe, ich habe mir alles mitgeschrieben, was an Fragen in meine Richtung kam. Ich denke, das Erste war, wie die Berliner/-innen informiert werden könnten. Das ist tatsächlich, glaube ich, ein bisschen schwierig. Das haben wir damals mit der Waschbär-Vor-Ort-Beratung auch versucht. Da wurden alle zuständigen Behörden und die einzelnen Bezirksämter und so weiter angeschrieben. Ich habe aber trotzdem im Laufe dieser zwei Jahre immer wieder einzelne Anrufe bekommen, unter anderem von Veterinärämtern, die immer noch mitbekommen hatten, dass es zum Beispiel diese Vor-Ort-Beratung gab. Die Weiterverbreitung von Informationen innerhalb der Senatsverwaltung – es tut mir leid das so sagen zu müssen – scheint ein bisschen schwierig zu sein. Das zu dem Bereich. Ansonsten geht es irgendwie über Informationsbroschüren, über Flyer, die an unterschiedlichsten Orten ausgelegt werden müssten. Social Media könnte man definitiv auch dafür nutzen, das ist auch inzwischen sehr viel genutzt.

Was die Frage mit dem Kompetenzzentrum und der Waschbärthematik betrifft und was ich auch gesagt habe: Ich denke, dass man das sehr gut dezentralisiert organisieren kann und vor allem bereits aktive Akteure/-innen miteinbeziehen sollte. Ich denke, dass das gar nicht im Widerspruch steht. Man könnte auf der einen Seite dieses Zentrum haben und dann vielleicht so etwas wie eine vorgeschaltete Zentrale, die dann wiederum die ganzen Informationen hat, wer zum Beispiel Eichhörnchen aufnimmt, das gibt es in Berlin, wer Igel aufnimmt, auch das gibt es in Berlin. Diese kleinen ehrenamtlichen Stationen sollten dann dementsprechend vielleicht auch finanziell unterstützt werden. Was die Waschbären angeht, gibt es bereits diese Station, die ist da. Da kann man dann einfach die Kräfte aufteilen. Das muss meines Erachtens nicht alles in einer Hand sein.

Dann ging es um die gefährlichen Waschbären – da musste ich mir kurz ein bisschen auf die Zunge beißen –, die die Amphibien plündern. Nur einmal kurz: Sämtliche Studien, die bisher dazu durchgeführt wurden, einen eventuell negativen Einfluss der Waschbären auf unser Ökosystem zu untersuchen, gehen alle in Richtung Entwarnung – schütteln Sie nicht den Kopf, die wissenschaftlichen Studien sehr wohl. Natürlich gehen Waschbären auf Amphibien, und natürlich gehen Waschbären auch auf Gelege, aber nicht in dem Maße, dass es einen nachhaltigen negativen Effekt auf die Beutepopulation hat. Es gibt eine sehr umfangreiche Doktorarbeit von Dr. Berit Michler aus dem Müritz-Nationalpark dazu, die als Einzige mal untersucht hat, welche Tiere und in welcher Anzahl und welchen Abundanzen wir hier haben und wie stark der Waschbär diese Tiere frisst. Das ist die einzige Untersuchung, die es in dem Verbreitungsgebiet dazu gibt, und auch da gibt es Entwarnung. Der Waschbär ist ein absoluter Generalist, der hat sich auf nichts spezialisiert, er ist eher faul, was die Nahrungssuche angeht und nimmt das, was er am einfachsten bekommt und was es am meisten gibt. Deswegen ist er so viel in der Stadt, weil es hier einfach Nahrung im Überfluss gibt, nämlich in Form von dem, was wir liegenlassen.

Deswegen ist natürlich so ein bisschen immer die Frage nach der Notwendigkeit einer Bestandsdezimierung. Ich würde sagen, dass das im urbanen Bereich vor allem darum geht, ein Konfliktmanagement zu haben, dass man den Berlinerinnen und Berlinern zeigt: Hey, wir haben das im Blick. Wir wissen, dass ihr da massive Probleme habt, und wir kümmern uns darum. – Da würde ich sagen, dass das der wichtigste Punkt ist. Wie ich bereits ausgeführt habe: Die Waschbären regulieren ihren Bestand eigentlich selbst, aber klar müssen wir in der Stadt in bisschen im Blick haben, dass es für die Berlinerinnen und Berliner, die hier wohnen, nicht zu viele werden.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Weh! – Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Hofer das Wort.

Dr. Heribert Hofer (Leibniz-IZW): Ganz herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! – Es sind verschiedene Fragen an uns gestellt worden. Wir führen in unserem Konzept sehr ausführlich aus, wie wir uns das Wildtiernetzwerk Berlin vorstellen. Das Wildtierkompetenzzentrum, so wie wir es vorgeschlagen und entwickelt haben, beruht darauf, dass wir die Akteure in der Stadt vernetzen. Es gibt viele Wildtiere in der Stadt Berlin. Es ist eine der wildtier- und artenreichsten Metropolen weltweit überhaupt in dieser Beziehung. Deswegen spielt es auch eine Rolle, wie wir mit Wildschweinen umgehen, demnächst auch dem Wolf – leider steht er nicht mehr auf der Tagesordnung, aber er kommt. Wir sind durch neun Territorien um Berlin herum umsiedelt, wir haben bereits mehr als 20 Wölfe untersucht, die innerhalb des Autobahnrings kamen. Wir werden uns in Zukunft auch mit dem Wolf auseinandersetzen müssen. Deswegen ist es für uns so wichtig, dass wir einerseits die Beratung in allen Bezirken zu allen Tieren vorantreiben und andererseits dass wir auch die Ehrenamtlichen dazu ertüchtigen, das, was sie bereits jetzt leisten, in einer solchen Weise durchzuführen, dass es auch den gebotenen tierärztlichen und sonstigen Vorstellungen entspricht. Deswegen ist es für uns so wichtig, dass wir die Ehrenamtlichen einbinden, dass wir sie verbessert vernetzen, dass wir sie fortbilden. Alles das passiert zurzeit nicht.

Die Senatsverwaltung hat darüber gesprochen, aber auch Herr Freymark und andere haben es angesprochen, dass es um die Identifikation von Lücken ging. Das ist genau das, warum wir uns vier Jahre damit beschäftigt haben, um diese Lücken zu identifizieren und diese Lücken wollen wir ausfüllen. Genau deswegen braucht es auch eine vorgeschaltete Zentrale, die genau dafür sorgt, wo was hinkommt. Deswegen ist die Zentrale das eine Teil, aber die Ehrenamtlichen sind deswegen nicht außen vor. Ohne die Ehrenamtlichen ginge es einfach nicht. Die zu wertschätzen ist eines unser wichtigsten Vorhaben unseres zukünftigen Wildtiernetzwerks Berlin.

Das bedeutet auch – weil die Öffentlichkeitsarbeit so wichtig ist –, dass wir diese Öffentlichkeitsarbeit in verschiedensten Dimension durchführen wollen und müssen. Alle Bezirke haben ihre Wildtierranger, wir werden aber auch mit unserer Leibniz-IZW-Akademie zum Beispiel die Dachdeckerinnung weiterbilden. Da bin ich völlig einig mit Frau Weh. Es wird schwierig sein, den Waschbären in seinem Bestand nachhaltig und massiv zu reduzieren, aber wir können dafür sorgen, dass wir ihm nicht alle Möglichkeiten bieten, um sich munter weiter zu expandieren. Das bedeutet auch, Unterschlupfmöglichkeiten zu versperren und Nahrungsressourcen zu reduzieren. Wenn Sie es aus der Praxis sehen: Manchmal wissen die Leute, dass es Waschbärprobleme gibt, aber manchmal wissen sie das auch nicht, weil sie einfach

Probleme mit Wildtieren haben. Auch deswegen ist es richtig; Konfliktmanagement ist relevant. Deswegen ist auch der Umgang oder die Ertüchtigung der Bezirke im Umgang mit den Konflikten vor Ort so wichtig. Deswegen stellen wir uns auch vor und haben uns dafür stark gemacht, dass wir relativ viele Mittel dafür einstellen, vor Ort die Beratung zu allen Wildtieren zu ermöglichen. – Das ist im Wesentlichen das, was ich im Augenblick sagen wollte. Es gab noch eine Frage von Herrn Altuğ, die möglicherweise Frau Ortmann gleich beantworten wird.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Prof. Dr. Hofer! – Als Nächste hat Frau Dr. Ortmann das Wort. – Bitte!

Dr. Sylvia Ortmann (Leibniz-IZW): Vielen Dank! – Ich antworte auch gerne! Ein Punkt, der noch gar nicht so erwähnt wurde, aber der uns auch umtreibt, ist, dass wir uns natürlich um die Tiere kümmern wollen, aber wir möchten uns auch um die Menschen, die Bürgerinnen und Bürger in Berlin kümmern. In vielen Gesprächen ist an uns herangetragen worden, dass sich die Menschen mit diesen Problemen oft verloren führen. Wann findet man zum Beispiel ein Wildtier in Not? – Meistens abends, wenn man nach Hause kommt oder am Wochenende. Dann versucht man, das Wildtiertelefon zu erreichen, dass allerdings nur drei Stunden am Tag, je nach Saison, freigeschaltet ist. Dann fühlen sich die Menschen total hilflos. Das ist auch eine hochemotionale Situation. Dort wollen wir im Prinzip auch angreifen.

Für uns ist es zum Beispiel wichtig – Sie haben die Transportwege und die tierärztliche Behandlung angesprochen –, dass wir gerne erreichen würden, dass im Prinzip nicht der Mensch mit dem gefundenen Wildtier, das er möglicherweise auch aus vollkommen falschen Gründen eingesammelt hat, in eine Tierarztpraxis oder in die Tierklinik läuft und dann auf einmal noch feststellt, dass er, weil er es an sich genommen hat, auch noch bezahlen muss. Wir würden das lieber so haben, dass mittels dieser Ambulanz quasi die Klinik zum Bürger kommt und dass dann vor Ort schon eine Entscheidung gefällt werden kann, die im Interesse der Menschen, aber auch im Interesse der Tiere ist. Bei vielen Tieren ist es ja so, dass die sich vielleicht nur erschrocken haben und gleich am Ausgangspunkt wieder ausgesetzt werden können. Das können die Tierärzte/-innen in der Ambulanz entscheiden, und dann können sie handeln. Andere sind vielleicht verletzt und müssen mit dem Ziel der Wiederauswilderung gesund gepflegt werden. Dann werden diese Tiere entweder in die Wildtierstation des IZW gebracht oder aber dorthin, wo auch die Expertise ist. Ist es ein Igel, kann der auch bei einer Igelhilfe gesund gepflegt werden. Ist es ein Eichhörnchen, gibt es Eichhörnchenvereine, die sich dieser Tiere annehmen.

Wir sind im Prinzip eine Plattform, eine Drehscheibe, die dann auch diese Tiere dahin verteilt, wo sie gut behandelt werden. Im ungünstigsten Fall, wenn es überhaupt keine Perspektive auf Wiederherstellung gibt, wird das Tier vor Ort euthanasiert, aber es hat dann nicht den langen Weg hinter sich, erst in die Tierklinik gefahren zu werden und sich hinten anzustellen. Das sind auch alles Wirtschaftsbetriebe, da werden Wildtiere in den Kliniken nicht bevorzugt behandelt, sondern dann, wenn alle Patienten abgearbeitet sind. Das ist für die Tiere auch ein unglaublicher Stress, das ist tierschutzrelevant. Das möchten wir gerne verhindern. Deshalb möchten wir gerne mit der Ambulanz zum Tier fahren.

Die Öffentlichkeitsarbeit, die wir leisten wollen, hat Herr Prof. Hofer schon angesprochen. Herr Dr. Altuğ fragte nach den Gesprächen mit den Akteuren. Wir haben einige Gespräche

geführt; wir haben mit dem NABU gesprochen. Das war ein eher aufregendes Gespräch, weil der NABU natürlich die Populations- und Naturschutzbrille aufhat. Diese Sichtweise sagt: Was bringt es der Population, wenn ich von 5 Millionen Rehe fünf gesund pflege? –, eigentlich relativ wenig. Das ist total relevant, wenn es sich um eine gefährdete Tierart handelt. Wenn wir drei der fünf Otter in Berlin gesund pflegen könnten, hat das für die Population natürlich schon eine Relevanz. In dem Fall ziehen wir aber auch die Patientenperspektive in Betracht. Für das individuelle Tier, ist es nun ein Reh oder ein Otter, geht es um Leben oder Tod. Letztendlich ist es auch eine ethische Frage, ob wir zum Beispiel bei Schwierigkeiten, die menschengemacht sind, dann nicht auch die ethische Verpflichtung haben, uns darum zu kümmern, dass das Tier gesund gepflegt wird. Da hatten wir lebhafte Gespräche mit dem NABU. Wir haben auch mit der Kleintierklinik gesprochen, um da ein gemeinsames Vorgehen zu entwickeln, weil das alles Strukturen sind, die erhalten bleiben sollen. Wir wollen die Kleintierklinik ja nicht ersetzten, das können wir auch nicht, sondern wir wollen vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Genauso ist es mit vielen ehrenamtlichen Einrichtungen. Die ehrenamtlichen Einrichtungen wollen wir auch insofern unterstützen, dass wir ihnen über die anzustellenden Tierärzte/-innen Hilfe zur Verfügung stellen. Wir möchten gewisse Standards in diesen Auffang- oder Pflegestationen erreichen. Wir möchten diese ehrenamtlichen Menschen unterstützen. Die geben oft ihr letztes Hemd für die Eichhörnchen oder für die Igel, die sie dann gesund pflegen, verzichten auf Urlaub. Die brauchen natürlich auch Unterstützung. Die sind nicht alle so erfolgreich wie Sie mit Ihrem Verein. Sie sind ein wirklich prosperierendes Geschäft, Sie haben sehr viele Spenden, die Sie einsammeln. Das machen Sie ganz hervorragend, aber es gibt halt viele Menschen, die das nicht können. Die sind viel abhängiger. Da möchten wir, wie gesagt, einen gewissen Standard der Haltung erreichen.

Das Wildtierkompetenzzentrum versteht sich eher als so etwas wie ein Dachverband für diese ganzen Wildtierstrukturen. Natürlich spielt der Waschbär dort eine Rolle, und wir würden mitnichten irgendwie die Wildtierstation in Niederfinow mit Waschbären vollpflastern wollen, sondern wir würden die dann ähnlich wie die Igel oder die Eichhörnchen an bestehende Pflegestellen verteilen, die sich dieser Tiere dann annehmen und lebenslang, weil sie – wie Sie schon sagten – nicht wieder ausgewildert werden dürfen, gesund pflegen.

Ich habe noch eine Anmerkung zu der Bedrohung der Waschbären für Amphibien: Frau Weh sagte, dass es nur eine Studie gebe, die diese Bedrohung für Amphibien wirklich untersucht hat, und das ist im Müritz-Nationalpark. Ich könnte mir aber vorstellen – ich habe auch keine Glaskugel –, dass diese Situation im urbanen Raum anders aussieht, vor allem dann, wenn wir versuchen wollen, die Carrying Capacity nicht zu erreichen. Wenn wir Menschen schulen, dass sie Waschbären nicht mehr füttern, wenn alle anthropogenen Futterressourcen runtergefahren werden, dann könnte ich mir vorstellen, dass die Waschbären – die haben ja auch Hunger – sich dann doch mehr an die Amphibien machen.

Ich habe bereits bei einer Sitzung des Jagdbeirats in Videos gesehen, wie Waschbären zahlreiche Amphibien auf links gezogen haben und die dann auch nicht gefressen haben, sondern das war vielleicht Enrichment für sie. Sie sind ja sehr geschickt und zumindest in diesen Videos haben sie die dann teilweise nicht gefressen. Im urbanen Raum könnte ich mir sehr gut vorstellen, dass Waschbären auch ein Problem für Amphibien und geschützte Arten sind. – [Dr. Heribert Hofer: Eine kurze Ergänzung, Herr Vorsitzender!] –

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Eigentlich ist es unüblich, aber ich erteile Ihnen das Wort beziehungsweise würde ich ganz kurz die Frage wiederholen. Ich würde meine Rolle vom Ausschussvorsitzenden zum naturschutzpolitischen Sprecher der Grünen wechseln.

Dr. Turgut Altuğ (GRÜNE): Meine Frage wurde nicht geantwortet. – [Dr. Heribert Hofer: Genau deswegen wollte ich ergänzen.] – Ich habe die Frage gestellt, wo sich dieses Zentrum befindet beziehungsweise wie die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg ist. Warum soll das Land Berlin dafür zahlen, wenn ein Tier an der Landesgrenze zu Brandenburg gefunden wird? Das ist auch Alltag. Nach Zehlendorf kommen viele Wildschweine aus Brandenburg und wenn man sie behandelt, würde das auf Kosten von Berlin gehen, wenn ich das so salopp formulieren dürfte.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Ich wechsle wieder meine Rolle zum Ausschussvorsitzenden und erteile das Wort an Herrn Prof. Dr. Hofer. Frau Dr. Laininger hat sich auch gemeldet. Ich bitte um Kurzfassung, weil wir auch weitere Tagesordnungspunkte haben. – Herr Dr. Hofer, Sie haben das Wort.

Dr. Heribert Hofer (Leibniz-IZW): Die Feldforschungsstation, die wir zurzeit in Niederfinow haben, ist in Brandenburg und wird durch Berliner Geld bezahlt, weil sie Teil des IZW ist, aber sie bietet die Möglichkeiten, dort Tiere zu pflegen und wieder auszuwildern, wie sie in dieser Form innerhalb des Berliner Stadtgebietes schwieriger wären. Der Punkt der Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg haben wir bereits als Teil der Konzeptentwicklung angesprochen. Unser Vorschlag, dieses Konzept, ist auch Teil der strategischen Zusammenarbeit, die zwischen dem Land Berlin und dem Land Brandenburg im sogenannten strategischen Plan vor zwei Jahren verabschiedet wurde. Das bedeutet keine finanzielle Einstellung, aber es bedeutet zumindest, dass die Idee, das gemeinsam und grenzüberschreitend zu betrachten und gemeinsam voranzutreiben, von beiden Seiten akzeptiert wurde. Das war uns damals sehr wichtig. Wir sind auch in sehr ausführlichen Gesprächen mit den Amtstierärzten der um Berlin gelegenen Kreise und wissen deshalb, dass das auch für die dort ein wichtiges Thema ist.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Herr Dr. Hofer! – Frau Dr. Laininger, bitte!

Dr. Mathilde Laininger (HAUPTSACHE WASCHBÄR e.V.): Danke, dass ich noch einmal das Wort bekomme! – Ein Wort zu Frau Dr. Ortmann, zur Situation der Amphibien und Waschbären im urbanen Raum: Es gibt eine vom Berliner Senat beauftragte Studie von 2021, worin an fünf Berliner Gewässern untersucht wurde, welche Ursachen das massive Amphibiensterben dort hat, unter besonderer Berücksichtigung des Waschbären. Man hat viele Ursachen gefunden, den Waschbären als Verursacher hat man ausgeschlossen, weil er es eben nicht macht. Es waren Katzen, Fische, falsche Bearbeitung der Randgebiete und so weiter. Der Waschbär wurde explizit als Verursacher entlastet.

Was die lebenslange Haltung von Waschbären betrifft, ist das einer der Punkte, weswegen wir sagen, dass das Waschbärkompetenzzentrum etwas ganz anderes ist als das Wildtierkompetenzzentrum. Man findet nicht einfach Frau Maier oder Herrn Müller, der einem einen Waschbären abnehmen. Man braucht da ein ganz spezielles, hocheffektives Netzwerk, weil es eben so wenig genehmigte Endstellen gibt. Dieses Netzwerk bauen wir auf oder haben es schon zum Teil, aber wir brauchen natürlich mehr Netzwerker. Das ist aber eine Aufgabe, die so speziell ist, dass wir das, denke ich, auch weiterhin so machen werden.

Ihre Frage noch einmal – ich habe Ihren Namen vergessen –; Sie fragten uns eben welche Unterstützung wir uns wünschen. Ich hoffe, dass es hier nicht rübergekommen ist, dass wir schwerreiche Leute sind, die das alles finanzieren und vielleicht auch noch das Wildtierkompetenzzentrum finanzieren. Dem ist nicht so. Wir führen eine Waschbärkompetenzstelle seit zwei Jahren. Wir sind sehr aktiv, wir haben ein Waschbärtelefon, das rund um die Uhr besetzt ist. Das ist erreichbar und nicht nur drei Tage die Woche drei Stunden. Wir brauchen und wünschen uns Unterstützung für die Führung des Waschbärtelefons. Wir müssen nämlich irgendwann die Leute auch mal bezahlen, die das bis jetzt ehrenamtlich machen. Wir wünschen uns – weil wir das Kompetenzzentrum auf größere Füße stellen müssen, die Nachfrage ist so groß – auch Unterstützung für das Personal, und wir suchen im Raum Berlin, am besten im Süden von Berlin, irgendwo im Wald irgendeine Immobilie – Stephan Standfuß, Ihr Parteikollege, hat uns das letztes Jahr schon zugesagt, dass er uns unterstützen wird –, wo wir eine Auffangstelle gründen können, und wo wir auch die Tiere aus der Pilotstudie, darüber haben wir noch nicht gesprochen, aber es gibt ja Tiere, die wir fangen und die noch nicht kastrationsbereit sind, weil noch zu jung, aber doch schon groß genug, die irgendwo untergebracht werden müssen. Dafür wünschen wir uns Unterstützung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Dr. Laininger! – Frau Tomiak, Sie haben sich gemeldet. – Bitte!

June Tomiak (GRÜNE): Kommt der Senat noch für die Beantwortung dran?

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Eigentlich haben wir keine zweite Runde. Sie haben das in den Regularien nicht geregelt. Daher gibt es eine erste Runde, dann gibt es die Antworten, und dann wird der Senat das Wort bekommen, dann kommen wir zum Ende, weil wir noch weitere Tagesordnungspunkte haben. – Frau Tomiak, Sie haben das Wort!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Dann bin ich dankbar, dass es noch kurz eingeschoben werden kann. Wir haben eben schon nach der Finanzierung gefragt. Vielleicht könnten Sie noch sagen, ob es schon eine Entscheidung für die Vergabe gibt, also ob das quasi in trockenen Tüchern ist. Die Vernetzung mit anderen Bundesländern wurde angesprochen. Ich glaube, ich würde gerne noch auf die CDU-Fraktion zurückkommen: Das Thema der Amphibien liegt uns, glaube ich, allen am Herzen. Dementsprechend müssen wir uns speziell um die Kleingewässer kümmern. Das ist ein bisschen anderes Thema als das, was wir jetzt haben, aber ich glaube, das Thema Amphibien nur am Waschbären festzumachen, wäre ein Fehler, sondern wir müssen da mehr Geld einstellen und die Amphibien unabhängig von allen anderen Dingen stärken. Wenn es da ein gemeinsames Commitment gibt, fände ich das sehr schön und würde Sie so auch verstehen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Danke, Frau Tomiak! – Für den Senat Frau Staatssekretärin Behrendt, bitte!

Staatssekretärin Britta Behrendt (SenMVKU): Die Amphibien liegen uns auch sehr am Herzen. Frau Lakenberg hat mir eben die ganze Zeit ins Ohr geraunt, dass der Waschbär sehr wohl die Kröten, und zwar besonders gerne die Erdkröten, frisst, aber er frisst wohl die Haut nicht. Deswegen sieht das auch so aus, wenn man das findet, als hätte er die nicht gefressen, aber er lässt einfach nur die Haut übrig. Insofern kann ich mal sagen, dass unsere Oberste Naturschutzbehörde für Kröten aller Art extrem engagiert ist, und das ist, glaube ich, auch hinlänglich bekannt. Die liegen uns sehr am Herzen. Die Situation ist ja sehr ernst, das wissen wir alle, leider nicht nur in Berlin.

Sie hatten nach dem Thema Finanzierung gefragt: Wir haben für Wildtiere an unterschiedlichen Stellen im Haushalt Gelder vorgesehen. Ich nenne nur ein paar, wir haben ja nicht mehr viel Zeit: Für die Wildtierstation des NABU haben wir Gelder vorgesehen, für Artenschutz, Wildtiere an Gebäuden haben wir Gelder vorgesehen, das betrifft vor allem Vögel und Fledermäuse, für die Hautflügler, die Hymenopteren, für den Berliner Hymenopterendienst, haben wir auch Mittel vorgesehen, dann haben wir für das NABU Wildtiertelefon Unterstützung vorgesehen, für die Wildvogelstation des NABU und für die Zitadelle Spandau. Wir haben natürlich auch Gelder für das Wildtierkompetenzzentrum in den Haushalt eingestellt. Ganz konkret haben wir für 2024 500 000 Euro eingestellt beziehungsweise das Abgeordnetenhaus, Sie haben das praktisch verabschiedet, und 700 000 für 2025. So ist das vorgesehen. – So viel erst einmal zum Thema Finanzen!

Das Thema, wie es jetzt mit dem Wildtierzentrum weitergeht, wurde angesprochen. Der Antrag liegt uns seit Ende Februar vor, der wird jetzt bei uns im Haus geprüft. Sie wissen, dass wir einen Auflagenbeschluss des Hauptausschusses mit neun Auflagen haben. Das müssen wir deswegen entsprechend intensiv prüfen; das wissen Sie alles. Insofern sind wir da auf einem Weg und hoffen, dass wir schnellstmöglich zurande kommen. Wir sind ja in der Situation, dass die Haushaltssituation leider durch die PMA-Auflagen auch noch nicht ganz hundertprozentig feststeht, aber wir sind da auf einem guten Weg. So viel kann man, glaube ich, jetzt einmal festhalten.

Dann wurde von, glaube ich, Frau Tomiak das Thema Konflikt Wildtiere, vor allem Waschbär, und Müll angesprochen. Das ist einer der Gründe, warum wir gemeinsam mit der BSR die Umstellung vom gelben Sack zur gelben Tonne vorgenommen haben, weil gerade der Waschbär und auch die Wildschweine und auch andere Wildtiere vor allem die gelben Säcke geplündert haben, die lagen dann überall zerfetzt in der Gegend herum, da war auch Plastik in der Natur und der ganze Müll. Deswegen haben wir gemeinsam mit der BSR reagiert und haben diese Umstellung vorgenommen, die Schritt für Schritt ausgerollt und in der Stadt implementiert wurde. Insofern wurde auf diesen Missstand reagiert.

Das Thema Genehmigung: Das ist letztendlich eine Ausnahmegenehmigung; Sie haben es angesprochen. Fallenfang ist eigentlich verboten, insofern braucht man da die Ausnahmegenehmigung. Deswegen liegt der Antrag bei uns in der Jagdbehörde und nicht bei den Berliner Forsten und wird jetzt bearbeitet. Ich möchte dem Ergebnis hier nicht vorgreifen, kann ich ja auch nicht, ich bin nämlich keine Expertin, aber da vertraue ich voll auf meine Behörde, dass die das ordnungsgemäß prüft und Ihnen das Ergebnis dann mitteilen.

Vorsitzender Dr. Turgut Altuğ: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Behrendt! – Wir sind jetzt am Schluss der Anhörung. Ich möchte den Anzuhörenden im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. Ich schlage vor, die Besprechung zu TOP 4 zu vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und die Anhörung ausgewertet werden kann. Besteht damit Einvernehmen? – Ich sehe Kopfnicken, dann wird so verfahren.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der AfD-Fraktion	0076
Drucksache 19/0716	UVK
Berlin auch im Notfall versorgungssicher machen – Trinkwasserbrunnen endlich sanieren, hierzu Notfallversorgung mit Kraftstoffen und Notstrom absichern!	InnSichO(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.